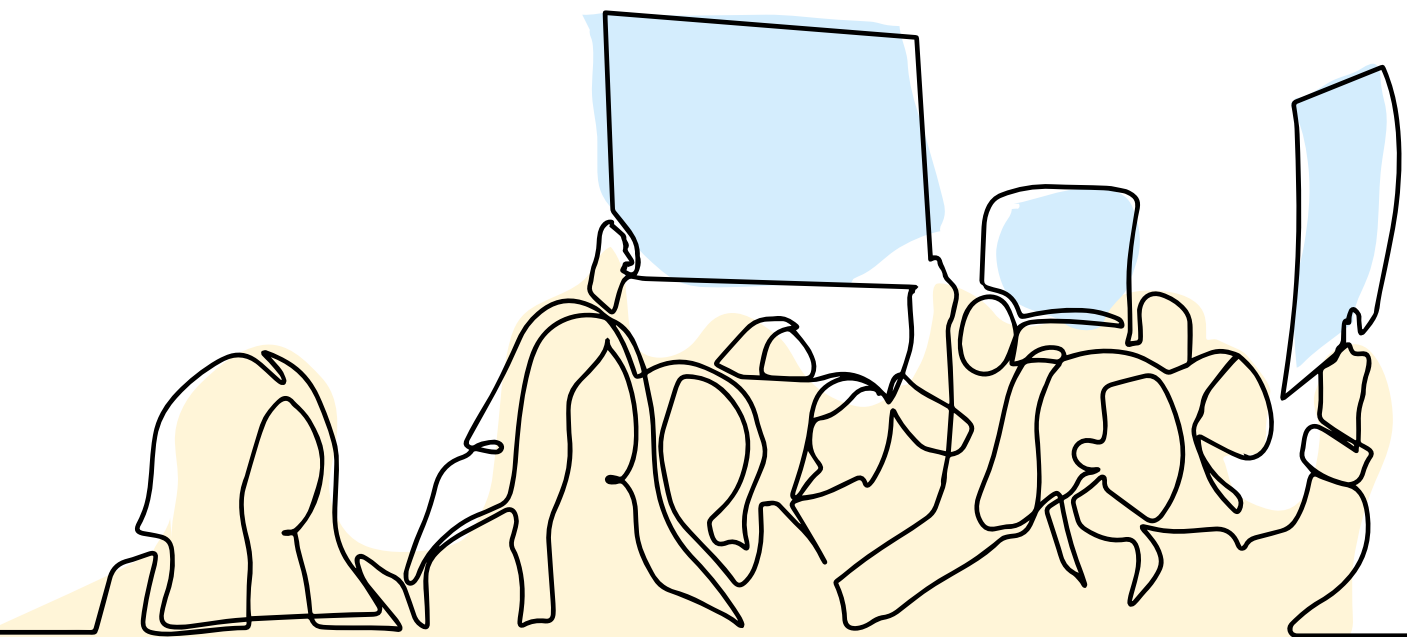


**K3B**  
Kompetenzzentrum  
Kommunale Konfliktberatung  
VFB Salzwedel e.V.

**Digitaler Fachtag 2024**

# Stadt, Land, Protest

Kommunale Dynamiken gesamtgesellschaftlicher Bewegungen



# Vorwort

Ob Montagsdemonstrationen, Bauernproteste oder Demonstrationen gegen Windkraftanlagen: insbesondere Ende des Jahres 2023 und Anfang des Jahres 2024 prägten Proteste den politischen Alltag in deutschen Kommunen.

Proteste stellen ein zentrales Mittel dar, um Meinungen und Forderungen öffentlich zu artikulieren, insbesondere dann, wenn Protestierende das Gefühl haben, dass ihre Anliegen auf anderen Wegen nicht hinreichend Gehör finden. Als eine Form der politischen Partizipation machen Protestierende ihren Gestaltungsanspruch geltend und lenken Aufmerksamkeit auf wahrgenommene Missstände. Zugleich verkörpern Proteste einen Wunsch nach Veränderung und können Impulse für Wandel in der (kommunalen) Gesellschaft setzen.

Proteste werden jedoch selten nur durch Aushandlungsprozesse auf kommunaler Ebene motiviert. Häufig liegt der Anlass für Protest in gesamtgesellschaftlichen Bewegungen oder komplexen nationalen und globalen Zusammenhängen. Kommunale Entscheidungsstrukturen können auf diese Prozesse nur bedingt Einfluss nehmen. Dennoch haben sie, teils ganz konkrete, Auswirkungen für das Zusammenleben in der Kommune vor Ort. Das kann bestehende Spannungen in der Kommune verstärken und kommunales Konfliktgeschehen beeinflussen.

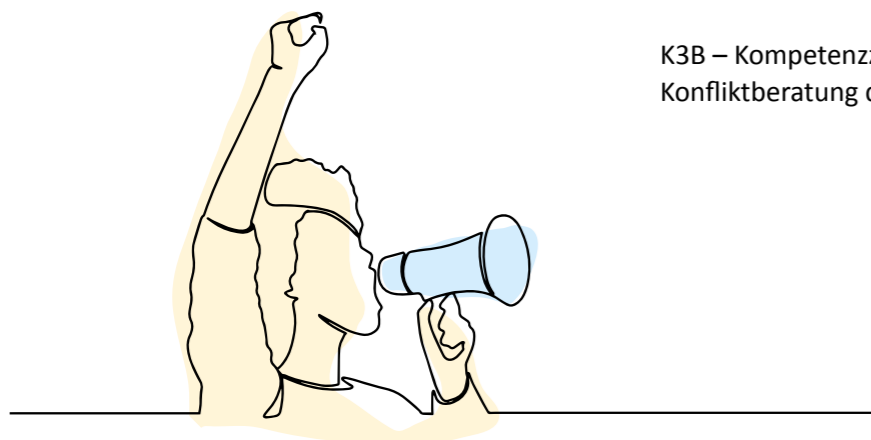
Der digitale Fachtag „Stadt, Land, Protest: Kommunale Dynamiken gesamtgesellschaftlicher Bewegungen“ des K3B – Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V., der am 25. Juni 2024 stattfand, widmete sich dem Themenkomplex Protest und beleuchtete einzelne Protestphänomene aus kommunaler, wissenschaftlicher und praktischer Perspektive. Dass über 70 Teilnehmer\*innen des Fachtags rege diskutierten, wie sich gesamtgesellschaftlich begründete Proteste auf kommunales Konfliktgeschehen auswirken, verdeutlicht uns den großen Bedarf an Gesprächsräumen, sowie die Relevanz des Themas Protest.

Die vorliegende Publikation dokumentiert die während des digitalen Fachtags diskutierten Analysen, Erfahrungsberichte und Handlungsoptionen. Die einzelnen Beiträge fassen die Inputs der Referent\*innen in den Diskussionsforen, sowie die anschließenden Gespräche mit den Teilnehmenden zusammen. Im abschließenden Beitrag analysiert die Konfliktberaterin Thimna Bunte die Rolle von Protest in der gewaltfreien Konflikttransformation. Die Beiträge wurden durch das K3B redaktionell bearbeitet.

Das K3B – Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V. dankt allen Referent\*innen, die den digitalen Fachtag durch ihr Wissen und ihre Erfahrungen gestaltet haben. Ebenso bedanken wir uns bei allen Teilnehmenden, die die Diskussionen durch das Einbringen ihrer eigenen Perspektiven bereicherten.

Wir wünschen eine interessante Lektüre!

K3B – Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V.



# Programm

## 09:00 Eröffnung

Grußwort: Dr. Ulrike Gatzemeier, Leitung K3B

## 09:15 Keynote Vortrag und anschließende Diskussion mit den Teilnehmenden

Prof. Dr. Sabrina Zajak, Leiterin der Abteilung Konsens & Konflikt am Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung, sowie Gründungsmitglied des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung

## 10:15 Diskussionsforen: Runde 1

**Forum 1:** Wenn Protest eskaliert: Umgang mit Bedrohungen gegen Mandatsträger\*innen, Markus Nierth, ehemaliger Bürgermeister in Tröglitz

**Forum 2:** Lokale Proteste und ihre Anbindung an emotionale Dispositionen in der Stadtgesellschaft, Maria Budnik, Christoph Hedtke, Dr. phil. Katrin Großmann und Alexander Kraemer, Fachhochschule Erfurt

**Forum 3:** Gute Bauern, böse Bauern? Protest differenziert betrachten, Julia Bar-Tal, Geschäftsführerin Landesverband Nordost der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

**Forum 4:** Queerer Protest im ländlichen Raum – Ein Erfahrungsbericht aus dem Burgenlandkreis, Eric Stehr, Stadtrat in Weißenfels

## 11:15 Pause

## 11:30 Diskussionsforen: Runde 2

**Forum 5:** Zum Verhältnis von sozialen Bewegungen und Kommunalpolitik: Zwischen Kooperation und Konflikt, Anne Klingensmeier, Ehemalige Stadtverordnete in Witzenhausen

**Forum 6:** Protest gegen Windkraft – Ärger und Engagement, Prof. Dr. Robert Gaschler, Prof. Dr. Helen Landmann, Forschungsverbund Hemm den Wind

**Forum 7:** Versöhnungsarbeit leisten: Die Auswirkungen internationaler Konflikte auf deutsche Kommunen, Mamad Mohamad, Geschäftsführer Landesnetzwerk Migrant\*innenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA) e.V.

**Forum 8:** Auf der Suche nach einer neuen Erzählung: Proteste und Konfliktbearbeitung in Chemnitz, Ines Vorsatz, Leiterin des Kriminalpräventiven Rates Chemnitz

## 12:30 Zusammenbringen der Erkenntnisse & Abschluss

## 13:15 Ende

# Inhalt

## Protestdynamiken im lokalen Raum (Keynote)

Dr. Sabrina Zajak beschäftigt sich in ihrer Forschung mit zivilgesellschaftlicher Partizipation und Mobilisierung in nationalen und internationalen Zusammenhängen sowie mit Fragen der politischen Teilhabe, Diversität und Diskriminierung. In der Keynote analysiert sie Protestdynamiken in ausgewählten Kommunen. .... 06

## Wenn Protest eskaliert: Umgang mit Bedrohung gegen Mandatsträger\*innen (Diskussionsforum 1)

Markus Nierth war von 2009 bis 2015 ehrenamtlicher Bürgermeister in Tröglitz. Er wurde bedroht, nachdem die Auseinandersetzungen um eine geplante Flüchtlingsunterkunft eskalierten. In der Folge berichteten Medien bundesweit über die Geschehnisse vor Ort. In seinem Input schildert der ehemalige Bürgermeister ganz persönliche Folgen und gesellschaftliche Ursachen von Anfeindungen und Bedrohungen gegen Amts- und Mandatsträger\*innen. .... 09

## Lokale Proteste und ihre Anbindung an emotionale Dispositionen in der Stadtgesellschaft (Diskussionsforum 2)

Gesamtgesellschaftliche Konflikte manifestieren sich in den letzten Jahren vermehrt in dauerhaften lokalen Protesten. Protestakteure knüpfen an gemeinsame Krisenerfahrungen und geteilte emotionale Dispositionen der Stadtgesellschaft an. Ein Forschungsteam der Fachhochschule Erfurt untersucht, wie Protestakteure dies für ihre Mobilisierung nutzen. Das Forschungsteam zeigt in ihrem Beitrag auf, wie Protest an bereits vorhandene Empfindungen der Vernachlässigung und Verletzung durch Peripherisierungsprozesse anknüpft. Überlokale Themen werden über diesen Umweg mit eigenen Erfahrungen verbunden und schließlich auch als lokale Konflikte austragbar. .... 12

## Gute Bauern, böse Bauern? Protest differenziert betrachten (Diskussionsforum 3)

Das Protestjahr 2024 begann mit groß angelegten Traktor-Demonstrationen. Anlässlich der geplanten Streichung der Subventionen für Agrardiesel protestierten Bäuer\*innen gegen die Agrarpolitik der Bundesregierung. Die Proteste legten in vielen Regionen Deutschlands den Verkehr lahm. Julia Bar-Tal ist Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Nordost. Hier ist sie für die Bundesländer Brandenburg, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern zuständig. Die AbL setzt sich für bäuerliche Landwirtschaft ein und fördert regionale, solidarische landwirtschaftliche Verbände. In ihrem Input betont Julia Bar-Tal, wie wichtig eine differenzierte Betrachtung der Bauernproteste ist. .... 14

## Queere Repräsentation im ländlichen Raum: Ein Erfahrungsbericht aus dem Burgenlandkreis (Diskussionsforum 4)

Die gesellschaftliche Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ist insbesondere im ländlichen Raum teils noch nicht selbstverständlich, berichtet Eric Stehr. Stehr, Stadtrat in Weißenfels, hat 2023 den ersten Christopher Street Day (CSD) im Burgenlandkreis organisiert. Der Burgenlandkreis ist eine ländliche Region im Süden Sachsen-Anhalts. Im Input geht es um die Bedeutung von queerer Sichtbarkeit in der Kommune vor dem Hintergrund der Herausforderungen für die queere Community im Landkreis. .... 16

## Zwischen Kooperation und Konflikt: Zum Verhältnis von sozialen Bewegungen und Kommunalpolitik (Diskussionsforum 5)

Wie können soziale Bewegungen auf kommunaler Ebene agieren, um in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche etwas zu bewegen und wie müssen die Beziehung zwischen sozialen Bewegungen und Kommunalpolitik gestaltet werden, um die Interessen der Menschen vor Ort gemeinsam zu vertreten? Dies diskutiert die Transformationsforscherin Anne Klingenmeier im Rahmen ihres Inputs gemeinsam mit den Teilnehmer\*innen. Anne Klingenmeier ist in sozialen Bewegungen aktiv und ehemalige Kommunalpolitikerin im hessischen Witzenhausen. .... 18

## Protest gegen Windkraft – Ärger und Engagement (Diskussionsforum 6)

Der flächendeckende Ausbau von Windenergie soll zur nachhaltigen Energieversorgung in Deutschland beitragen. In vielen Kommunen entfacht das Thema Windkraft allerdings neue Konflikte oder trägt zur Verschärfung von bestehenden Konflikten bei. Im Beitrag gehen Helen Landmann und Robert Gaschler vom interdisziplinären Forschungsprojekt Hemm-Den-Wind der Frage nach, warum Bürger\*innen gegen den Ausbau von Windenergieanlagen protestieren. Welche psychologischen Faktoren motivieren Protest und wie können diese Faktoren langfristige Veränderungen zugunsten der Kommune bewirken? .... 20

## Versöhnungsarbeit leisten: Die Auswirkungen internationaler Konflikte auf deutsche Kommunen (Diskussionsforum 7)

Internationale Krisen wirken schon lange auf Konflikte in deutschen Kommunen. Mamad Mohamad ist Mitgründer und Geschäftsführer des Landesnetzwerks Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA) e.V.. In seinem Input beschreibt Mohamad die Grundbedingungen für den erfolgreichen Umgang mit internationalen Konflikten bei LAMSA. Dazu zählen: Zeit, Vertrauen, Offenheit gegenüber unterschiedlichen emotionalen Reaktionen auf Konflikte sowie ein positives Konfliktverständnis und ein kreativer, unkonventioneller Umgang mit Konflikten. .... 24

## Auf der Suche nach einer neuen Erzählung: Proteste und Konfliktbearbeitung in Chemnitz (Diskussionsforum 8)

Kommunen sind die Orte, an denen verschiedene Perspektiven, Ansprüche, Bedürfnisse und politische Vielfalt unmittelbar aufeinandertreffen. Dieses Aufeinandertreffen ist in Chemnitz seit Jahren durch Proteste verschiedenster Gruppierungen sichtbar. Im Input von Ines Vorsatz, der Leiterin des Kriminalpräventiven Rates der Stadt Chemnitz, wird diesen Dynamiken aus der Sicht der Verwaltung nachgegangen und erläutert, wie Stadt und Zivilgesellschaft mit Protestbewegungen und rechtsextremer Vernetzung umgehen. .... 26

## Vom Protest zur Konfliktbearbeitung: Chancen für gesellschaftliche Transformation

Der Artikel von Konfliktberaterin Thimna Bunte untersucht die Rolle von Protesten in der Transformation von gesellschaftlichen Konflikten. Proteste machen soziale Ungerechtigkeiten sichtbar und fordern ihre Bearbeitung ein. Sie können etablierte Strukturen der Konfliktbearbeitung in Frage stellen und so dazu beitragen, diese wirksamer zu gestalten. Herausforderungen bestehen im Umgang mit der Gefahr der Vereinnahmung von Protest durch extremistische Gruppen. .... 28

Herausgeber ..... 30

# Protestdynamiken im lokalen Raum

Zusammenfassung der Keynote von Prof. Dr. Sabrina Zajak

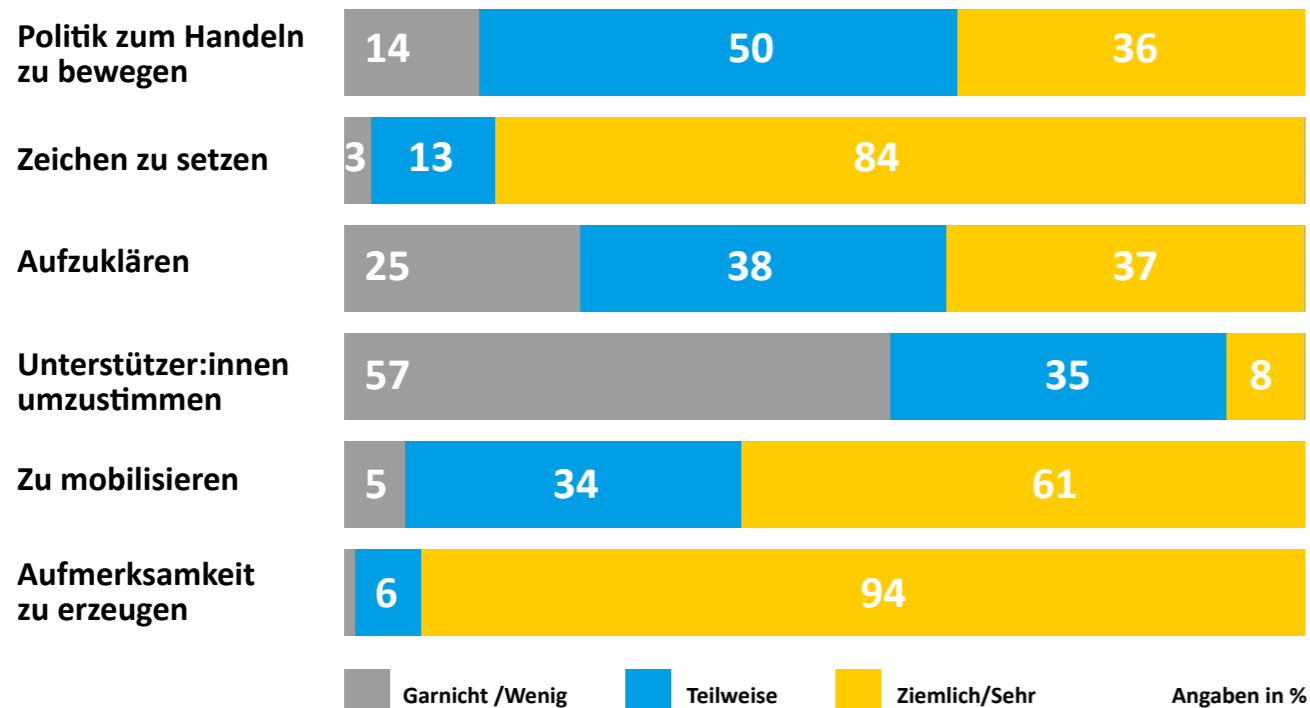
Soziale Bewegungen sind Formen kollektiven Handelns, in denen sich Individuen und Gruppen aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen oder als Reaktion auf Missstände zusammenfinden und durch Protest äußern. Protest ist somit ein Indikator für soziale Konflikte und Ungleichheitsstrukturen. Gleichzeitig kann Protest auch ein Treiber von sozialem Wandel sein. Denn Demonstrierende bringen ihre eigenen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Gegenentwürfe mit und versuchen, nationale, regionale und lokale Politik zu beeinflussen.

## (Wie) Wirkt Protest?

Anfang des Jahres 2024 veröffentlichte das Redaktionsnetzwerk Correctiv eine Recherche über ein Treffen von Politiker\*innen der AfD und CDU mit führenden Mitgliedern rechtsextremer Bewegungen, bei

denen ein „Remigrationsplan“ für Asylbewerber\*innen und deutsche Staatsbürger\*innen mit Migrationshintergrund diskutiert wurde. Die durch die Veröffentlichung ausgelösten Proteste zählen zu den größten Mobilisierungsereignissen in der Geschichte der Bundesrepublik. Zwischen Januar und März 2024 wurden 1.340 Proteste gegen Rechtsextremismus mit insgesamt 3,6 Millionen Teilnehmer\*innen registriert (Rucht 2024). Anhand von Befragungen bei zwei Protesten zeigt sich, dass Demonstrierende sehr unterschiedliche Erwartungen an die Wirkweise ihres Protests stellen. Ganze 94% der Befragten finden, dass Proteste hilfreich sind, um Aufmerksamkeit für ein Thema zu erzeugen. 36% der Befragten schreiben Protesten zu, dass sie sehr hilfreich sind, um Politik zum Handeln bewegen. 50% der Befragten stimmen dieser Aussage teilweise zu.

## Protest hilfreich um



Diese Wirkungserwartung, erklärt Zajak, führe jedoch auch zu Enttäuschungen: Viele Protestierende hatten sich erhofft, dass die Proteste eine spürbare Auswirkung auf die Wahlergebnisse der Kommunal- und Europawahlen haben würden. Die Protest- und Bewegungsforschung hat jedoch gezeigt, dass es zwar durchaus Effekte auf Wahlausgänge vor allem auf kommunaler Ebene geben kann – allerdings werden Wahlentscheidungen von sehr vielen Faktoren beeinflusst und direkte Auswirkungen von Protest sind schwierig abzubilden. Zugleich zeigt Forschung, dass Proteste Politik eher langfristig beeinflussen.

## Protest kommt in Wellen – Protestverlauf in ausgewählten Städten seit 2015

Vielfalt und Diversität sind zentrale Konfliktthemen in der postmigrantischen Gesellschaft. Doch das allgemeine Protestgeschehen wurde vom Thema Migration seit 2015 nur eingeschränkt verändert. Mit Blick auf empirische Daten zu Protestverläufen in ausgewählten deutschen Städten stellt Zajak fest:

1. Die stark zugenommenen migrationsbezogenen Protestaktivitäten im ‚langen Sommer der Migration‘ 2015 blieben nicht konstant hoch. Das Protestgeschehen normalisierte sich in den folgenden Jahren wieder.
2. Dabei gibt es jedoch große regionale Unterschiede. In ostdeutschen Städten ist das Thema Migration präsenter. Im Ost-West-Vergleich wird sichtbar, dass migrationsfeindliche Proteste in ostdeutschen Städten einen höheren Anteil am Gesamtprotestvolumen haben.
3. Gleichzeitig sind in Ostdeutschland auch pro-migrantische Proteste insgesamt stärker als in Westdeutschland vertreten. Das zeigt, dass die mediale Darstellung der Proteste zum Teil verzerrt ist (Steinhilper und Sommer 2022).

### INFO

Auf der interaktiven Website <https://protestdata.eu/> werden empirische Daten zu Protesten in ausgewählten deutschen Städten für eine breite Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

## Proteste weisen unterschiedliche Dynamiken in verschiedenen Kontexten auf

Doch auch Städte mit insgesamt hoher Protestaktivität weisen unterschiedliche Dynamiken auf. Das wird in einem Vergleich von zwei anonymisierten Städten in Ostdeutschland sichtbar. Beide Städte haben ähnliche sozio-ökonomische Bedingungen und ähnlich wenig vorherige Berührungspunkte mit Menschen nicht-deutscher Herkunft. Warum dominieren in der einen Stadt pro-migrantische Proteste (Stadt N.) und in der anderen Stadt migrationsfeindliche (Stadt P.)? Zwei Erklärungen sind denkbar, so Sabrina Zajak:

Erstens sind Proteste von den lokalen politischen und diskursiven Gelegenheitsstrukturen geprägt: In Stadt N. gibt es linke (sozialdemokratische) Mehrheiten in Stadt und Landkreis und politische Entscheidungsträger\*innen äußern sich öffentlich pro-migrantisch. Die AfD hat eine vergleichsweise geringe Bedeutung. Dagegen gibt es in Stadt P. konservative Mehrheiten in Stadt und Landkreis, rechte und rechtsextreme Parteien, u.a. „Der III. Weg“, sind etabliert. Politische Entscheidungsträger\*innen grenzen sich nicht zu rechtsextremen und migrationsfeindlichen Akteuren ab.

>>

## Lokale Vernetzung und historische Kontinuität von Protestbewegungen

Der zweite Erklärungsversuch nimmt die sozialen Netzwerke und die lokale Bewegungsgeschichte in einer Kommune in den Blick. Auch hier zeigen sich große Unterschiede: In Stadt N. fördert ein Aktionsbündnis seit über zehn Jahren enge Beziehungen zwischen Stadt und Zivilgesellschaft. Außerdem wurde in den 2000er Jahren erfolgreich gegen die Aufmärsche rechtsextremer Gruppen mobilisiert. Diese Erfahrungen sind bis heute positive Identitätsanker für den guten Zusammenhalt und die starke Mobilisierungskraft der örtlichen Zivilgesellschaft. Im ‚langen Sommer der Migration‘ konnten in der Stadt N. pro-migrantische Akteure schnell reagieren und alte Netzwerke reaktivieren. Die (historische) Bedrohung durch rechtsextreme Proteste wurden zum gemeinsamen Bezugspunkt für das kollektive Engagement für Geflüchtete. Dagegen gibt es in Stadt P. wenig Vernetzung zwischen Stadt und Zivilgesellschaft und zivilgesellschaftliche Gruppen sind untereinander verstritten (Steinhilper und Sommer 2022).

Diese Beispiele verdeutlichen, wie entscheidend lokale zivilgesellschaftliche Infrastrukturen, die Vernetzung von lokaler Politik, Zivilgesellschaft und Verwaltung sowie die Wahrnehmung kollektiver Identität in der Kommune für den Erfolg von sozialen Bewegungen sind. Soziale Bewegungen sind langfristige Netzwerkstrukturen. Welche Strukturen in der Gegenwart genährt werden, hat Auswirkungen auf die Zukunft.

Protokoll: Verena Griesinger  
Redaktion: Verena Griesinger, Antonia Mohr

Quellen:

Rucht, D. (2024): Für Demokratie – gegen Rechtsextremismus. Profil und Dynamik der jüngsten Protestwelle. Ipb working paper 1/2024

Steinhilper, E. und Sommer, M. (2022): Lokale Konfliktstrukturen in der Migrationsgesellschaft. Ergebnisse einer Protestereignisanalyse in zwei ostdeutschen Mittelstädten. DeZIM Research Notes 14, Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM)



## Diskussionsforum 1

# Wenn Protest eskaliert: Umgang mit Bedrohungen gegen Mandatsträger\*innen

Zusammenfassung des Inputs von Markus Nierth

## Vom Außenseiter zum Dorfkümmerer

Markus Nierth ist als Pfarrerskind in der DDR aufgewachsen. Dort wurde er strukturell ausgegrenzt und oft sozial isoliert, erzählt er. Später entschied sich Nierth selbst Pfarrer zu werden, um Menschen zu helfen. Sein Vikariat hat er in Hessen abgeschlossen. Im Anschluss gründete er im ostdeutschen Tröglitz eine christlich geprägte Jugendarbeit, arbeitete später als Trauerredner und wurde 2009 zum ehrenamtlichen Bürgermeister gewählt.

er sich alleine gelassen. In Folge dessen legte Nierth seine Ämter nieder. Im April 2015, nur wenige Wochen nach seinem Rücktritt, wurde auf die geplante Flüchtlingsunterkunft ein Brandanschlag ausgeübt. Nierth organisierte erste Gegendemonstrationen. An den Demonstrationen beteiligten sich nur wenige Einwohnende aus dem Dorf, erinnert sich Nierth. Vor Ort habe es keine zivilgesellschaftlichen Strukturen gegeben, auf denen die Proteste hätten aufbauen können. Obwohl in Tröglitz seitdem ukrainische Geflüchtete freundlich und ohne neue Bedrohungen aufgenommen wurden, gab es, so Nierth, wohl keinen wirklichen Sinneswandel in der Bevölkerung: „Man schweigt seit 8 Jahren meine Familie an und keiner hat sich je entschuldigt“.

„ Ich war bald der Dorfkümmerer.  
Ich bin mit meiner Familie gut  
angekommen im Ort.

Markus Nierth

>>

## Nierth und seine Familie werden bedroht

Nierth beschreibt, wie er mit den Menschen in Tröglitz offen über ihre Ängste sprach, als 2015 bekannt wurde, dass im Ort Geflüchtete untergebracht werden sollten. Er habe die Gemüter zu beruhigen versucht. Anfangs sei dies gut gelungen. Doch dann begannen rechtsradikale Kräfte, vor allem von außerhalb, in Tröglitz Widerstand gegen die geplante Unterkunft zu mobilisieren. Bald berichteten Medien bundesweit über die Geschehnisse in Tröglitz. Nierth glaubt, dass die Menschen vor Ort in ihm den Verursacher des Medienhypes sahen. Er und seine Familie fühlten sich zunehmend sozial isoliert. Es gab psychischen Druck bis hin zu Morddrohungen gegen die Familie Nierth, berichtet er. Von den Behörden, der Politik und der schweigenden Mehrheit fühlte

### INFO

#### Wo finden Amts- und Mandatsträger\*innen Hilfe?

- Das Portal Stark im Amt – zentrale Vernetzungsstelle: [www.stark-im-amt.de](http://www.stark-im-amt.de)
- Die Angebote von Starke Demokratie e.V., wie z.B. den Workshop „Gut vorbereitet auf Hass und Gewalt – Training für eine starke Kommunalpolitik“: [www.starkedemokratie.de](http://www.starkedemokratie.de)

## Auf der Suche nach Antworten

Markus Nierth fragt sich:

- Warum radikalisiert sich Menschen und üben gewaltvollen Protest aus?
- Und welche Strategien gibt es im Umgang mit Bedrohungen gegen Mandatsträger\*innen?

Er ist überzeugt, dass radikale Gewaltausbrüche keine Unfälle oder Zufälle sind und kommt zu der Auffassung, dass Lebenseinstellungen und politische Einstellungen oft unbewusst mit frühen Kindheitserlebnissen und Grundprägungen in Verbindung stehen: Viele Menschen litten an unterdrückten Gefühlen und nicht erfüllten Urbedürfnissen nach Selbstwirksamkeit, Anerkennung und Zugehörigkeit. Wenn sich für unterdrückte Gefühle wie Wut und Aggression keine Ventile böten, brächen diese sich bei äußeren Anlässen mit voller Wucht Bahn.

Auch könne eine falsche und lieblose Erziehung dazu führen, dass der Mensch sich selbst entfremde. So können Menschen sich einander keine Würde mehr zugestehen: „Wer sich selbst nicht liebt, kann auch andere nicht würdigen“, so Nierth.

Seiner Erfahrung nach zielen einige Menschen, die sich selbst als benachteiligt, ausgegrenzt und würdelos erleben, darauf ab, mit gewaltvollen Protesten die Welt zu zerstören, an der sie selbst nicht teilhaben können. Als Beispiele nennt Nierth den Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke und den Brandanschlag auf das Privathaus des SPD-Lokalpolitikers Michael Müller. Dabei können auch Verlust- und Entwertungserfahrungen aus der Wende- und Nachwendezeit eine Rolle spielen.

## Ein Plädoyer für Dialog und Engagement

Nierth spricht offen über seine Erfahrungen, um einen Dialog auf einer tieferen Ebene zu ermöglichen – auch über verdrängte oder tabuisierte Gefühle. Er plädiert für die Verantwortung der gesellschaftlichen Mitte. Es brauche schützende Gemeinschaft für jene, die sich mit ihrem Engagement exponieren.

„Die Aktiven dürfen nicht als Zielscheibe alleine gelassen werden.“

Markus Nierth

Nierth wirbt trotz seiner persönlichen Erfahrungen mit Bedrohung und Ausgrenzung dafür, sich gesellschaftspolitisch zu engagieren. Die Motivation für sein andauerndes Engagement zieht er aus seinem christlichen Glauben und seinem Gewissen. Anderen Mandatsträger\*innen rät er, sich von Anfang an Verbündete zu suchen und in der Vernetzung mit anderen Akteur\*innen Stärke zu finden. Engagierte sollten sich vorab klarmachen, worauf sie sich einlassen: politisches Engagement könne die soziale Integration oder gar die eigene Existenz kosten. Dennoch gibt Nierth nicht auf: „Wir müssen weiter auf diejenigen zugehen, deren Weltbild noch nicht gefestigt ist, diejenigen die noch suchen“.

Protokoll: Angelika Maser  
Redaktion: Jeannette Schütze

### INFO

Seine Erfahrungen beschreibt Markus Nierth in:

**Brandgefährlich.** Wie das Schweigen der Mitte die Rechten stark macht. Christoph Verlag, 2016.

Das Verbundprojekt der zivilen Sicherheitsforschung Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung (MOTRA) beobachtet mittels eines breit angelegten Forschungsansatzes das Radikalisierungs-geschehen in Deutschland, um künftig schneller Entwicklungen zu erkennen, die darauf hindeuten,

dass radikaler Protest in Gewalt, Extremismus oder gar Terrorismus umzuschlagen droht. Die Befragung von Amts- und Mandatsträger\*innen zu Anfeindungen wird seit 2021 halbjährlich innerhalb des Forschungsverbunds durchgeführt.

### MOTRA – HERBSTBEFRAGUNG 2023

**38 %** der Befragten haben zwischen Mai und Oktober 2023 Anfeindungen erlebt.

**1 bis 2 Mal** Im Durchschnitt wurden sie im Monat angefeindet.

Davon waren:

**72 %** verbale/schriftliche Anfeindungen

**26 %** Hasspostings

**2 %** tätliche Übergriffe

**8 %** der Familienangehörigen der Amtspersonen waren von Anfeindungen betroffen.



## Lokale Proteste und ihre Anbindung an emotionale Dispositionen in der Stadtgesellschaft

Zusammenfassung des Inputs von Maria Budnik, Christoph Hedtke, Dr. phil. Katrin Großmann und Alexander Krahrmer

Das Forschungsteam der Fachhochschule Erfurt untersucht im Rahmen des Forschungsverbundprojektes LoKoNet, wie gesellschaftliche Krisen an konkreten Orten zu Konflikten führen. Im Diskussionsforum stellt das Team erste Forschungsergebnisse vor und erklärt am Beispiel einer ostdeutschen Kleinstadt, wie überdauernde emotionale Vorbedingungen (Dispositionen) der Stadtgesellschaft bei lokalen Protesten mobilisiert werden. Datengrundlage der Forschungsergebnisse sind 35 qualitative Interviews, die zwischen April 2022 und Januar 2024 geführt und vom Forschungsteam analysiert wurden. Die Forschung begann während der Covid-19-Pandemie und der damit einhergehenden Proteste gegen die Schutzmaßnahmen.

### Die Auswertung der Forschungsergebnisse habe drei emotionale Dispositionen in der Bevölkerung der Kleinstadt aufgezeigt:

**1. Peripherisierung als Verletzung:** Lokal bestehe ein Gefühl des Abgehängtseins und der Abhängigkeit in Zusammenhang mit langanhaltenden Peripherisierungsprozessen. Damit sind sozialräumliche Entwicklungen gemeint, die strukturelle Defizite entstehen lassen oder verstärken. Auf diese haben kommunale Akteure in der Regel wenig Einfluss, sodass vor Ort ein Gefühl der Ohnmacht entstehen kann. Als aktuelle Beispiele können Gebietsreformen, fehlende zentrale Einrichtungen in Bildung und Wissenschaft, sowie wirtschaftliche Strukturschwäche gelten. Historisch betrachtet lag die Kleinstadt im Sperrgebiet der DDR. Zu dieser Zeit konnte man die Einwohnenden nur mit staatlicher Erlaubnis besuchen. Die Abhängigkeit von Peripherisierungsprozessen werde vor Ort als Verletzung erlebt.

**2. Wahrnehmung äußerer Bedrohungen in multiplen Krisen:** Lokal werde nahezu jede bundes- oder landespolitische Entscheidung als nachteilig, teils sogar als bedrohlich für den eigenen, peripheren Raum wahrgenommen. Vom 49€-Ticket profitiere im ländlichen

Raum aufgrund fehlender Verkehrsinfrastruktur kaum jemand. Auch Fragen der Energiesicherheit und gestiegener Heizkosten beschäftigen die Menschen. Lokale Akteure empfänden, dass die Bedürfnisse der Menschen vor Ort von Entscheidungsträger\*innen fehlergeschätzt würden, so dass der „Kontakt zwischen Politik und Bevölkerung abhanden“ gekommen sei.

**3. Positives Wir-Gefühl:** Überregionale Medien berichteten, dass die AfD vor Ort erfolgreich Stimmen gesammelt habe. In den, von der Forschungsgruppe durchgeführten, Interviews wurde die Berichterstattung darüber oft kritisiert, unabhängig von der politischen Positionierung der Interviewten. Die Menschen aus der Kleinstadt würden einseitig dargestellt und schlecht gemacht. Dadurch werde die Region stigmatisiert, und das Ansehen der Leute leide. Viele fühlten sich dadurch missverstanden und zögen sich noch mehr zurück. Dem Gefühl des Abgehängtseins und der Abwertung von außen werde jedoch ein positives und „engagiertes“ Wir-Gefühl entgegengesetzt. Es beinhalte ein zukunfts zugewandtes und durchaus optimistisches Selbstbild für eine kleine Stadt, das auch die Pflege der Stadttraditionen und die Bewahrung der kulturellen und wirtschaftlichen Vergangenheit als Handelszentrum einbeziehe.

„Menschen brauchen jemanden, der ihnen zuhört und Raum gibt, ihre Emotionen mit Sachargumenten zu verknüpfen.“

Gregor Maaß

### Vom anlassbezogenen Protest zur Dauer-Erregung

Die Organisator\*innen der Proteste, die sich zunächst ausschließlich gegen die Corona-Maßnahmen richteten, knüpften an die emotionalen Dispositio-

nen der Bevölkerung an. Was als Protest gegen konkrete Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19 Pandemie begann, habe sich zu einem dauerhaften Protest entwickelt, der sich gegen alle politischen Entscheidungen richte, die von einem vermeintlichen äußeren Feind, in diesem Fall der Bundesregierung, kommen, erläutert das Forschungsteam. Von der Mobilisierung für diese Proteste profitierten auch rechtsextreme Kräfte, welche eine empfundene Bedrohung instrumentalisierten.

### Diskussion: Statt Versachlichung zu fordern, Gegenemotionen ermöglichen

In der Diskussion wurde deutlich, dass kommunale Debatten aktuell vor allem emotional geführt werden. „Mir begegnen in Gesprächen pure Emotionen“, berichtet eine Teilnehmerin. Es sei wahrnehmbar, dass jedes Thema im Moment sofort von lokalen Akteuren genutzt würde, um die Stimmung anzuheizen. Darunter leide die Gesprächskultur. Wie kann es gelingen, konstruktive Diskussionen zu führen, wenn die Beteiligten vornehmlich auf emotionaler Basis agieren? Die schlichte Forderung nach Versachlichung wird der Herausforderung jedenfalls nicht gerecht. Hinweise gibt laut Gregor Maaß, Kon-

fliktberater des K3B, die Selbstbestimmungstheorie: Menschen wollen stets Bestätigung finden, dass sie autonom, integriert und im eigenen Interesse handeln. Demnach wollen Menschen, dass ihnen zugehört wird und sie das Gefühl bekommen, in ihren Interessen und Bedürfnissen wahrgenommen zu werden. Dafür brauche es jedoch passende Formate. Im Rahmen der kommunalen Konfliktberatung, so Gregor Maaß, geschieht dies in Hintergrundgesprächen. Dies seien Gesprächssituationen, in denen lokale Akteure im Gespräch mit Berater\*innen Klarheit sowohl über die eigenen Emotionen als auch Offenheit gegenüber den Perspektiven anderer Konfliktakteure gewinnen können.

„Vielleicht braucht es Gegenemotionen“, erwägt Maria Budnik, um den häufig negativen Emotionen lokal etwas entgegenzusetzen. Sie diskutiert, ob durch die Dezentralisierung von Wissenschaft, Bildungsstätten, Zentren der Politik und anderen gesellschaftsprägenden Einrichtungen, Orte entstehen können, an denen Menschen erneut Vertrauen in eine konstruktive Einflussnahme auf lokale Probleme gewinnen können. Dort könne auch Raum für emotionale Begegnungen sein.

Protokoll: Robin Tapkan

Redaktion: Oliver Knabe, Antonia Mohr

### NETZWERK LOKALE KONFLIKTE UND EMOTIONEN IN URBANEN RÄUMEN (LOKONET)

Im transdisziplinäre Forschungsverbundprojekt LoKoNet ([www.lokonet.de](http://www.lokonet.de)) arbeiten Forscher\*innen und Praktiker\*innen zusammen, um die Bedeutung von Emotionen und Raum in lokalen Konflikt dynamiken besser zu verstehen. Darauf aufbauend entwickeln sie Methoden der Konfliktforschung und -bearbeitung weiter. Das Netzwerk vereint Fachwissen aus verschiedenen Bereichen:

- Quartiers- und Migrationsforschung (Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Bielefeld)
- Sozialpsychologische Affekt- und Emotionsforschung (Ruhr-Universität Bochum)
- Planungstheorie (Technische Universität Dortmund)
- Stadtsoziologie (Fachhochschule Erfurt)
- Energiewende und Umweltkonflikte (Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung)

- Kommunale Konfliktberatung (K3B – Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V.)

Das im K3B angesiedelte Teilvorhaben untersucht die Rolle kommunaler Konfliktberatung in der Bearbeitung von Konflikten im Hinblick auf Emotionen und Raum. Das Teilvorhaben bereitet methodisches, theoretisches und praktisches Wissen auf und integriert es mit den im Verbund gewonnenen Erkenntnissen. Es trägt zur methodischen Weiterentwicklung kommunaler Konfliktberatung und Qualitätssicherung im K3B bei.

Das Projekt LoKoNet wird gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung. Projektträger ist das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt.

## Gute Bauern, böse Bauern? Protest differenziert betrachten

Zusammenfassung des Inputs von Julia Bar-Tal

Durch den stetig steigenden Verwaltungsaufwand und durch EU-Flächensubventionen stehen landwirtschaftliche Betriebe unter hohem Druck, berichtet Julia Bar-Tal. Von einigen Seiten würden Landwirt\*innen für Bodenerosion und Artensterben verantwortlich gemacht. Bar-Tal beschreibt, dass das für viele Landwirt\*innen eine große Kränkung sei und dass diese Gemengelage in einigen Fällen zu hohen psychischen Belastungen führe, auf welche sie ganz unterschiedlich – etwa mit Resignation oder Wut – reagierten. Gleichzeitig würde Nachhaltigkeit in der landwirtschaftlichen Ausbildung kaum vermittelt.

Bar-Tal weist darauf hin, dass sich in den letzten Jahren zunehmend sichtbare Proteste von Bauern und Bäuerinnen formiert haben. Hier seien, teils sehr verschiedene, Strömungen der Landwirt\*innen vertreten. In Protestbewegungen wie der jährlich stattfindenden „Wir haben es satt!“-Demonstration bringen Landwirt\*innen ihre Forderungen gegenüber der Bundes- und Europapolitik auf die Straße. Zwischen diesen verschiedenen Bewegungen gebe es zwar Überschneidungen, aber auch ganz unterschiedliche, manchmal konträre Positionen.

Von den Bauernprotesten 2024 und ihren Forderungen distanzieren sich jedoch in Bar-Tals Wahrnehmung große Teile der Zivilgesellschaft. Dies gelte insbesondere für Menschen aus einem urbanen Umfeld, die der Protestbewegung eine mangelnde Abgrenzung zu rechtsextremen Akteuren und Positionen vorwürfen. Dieser Vorwurf sei zwar in Teilen nicht von der Hand zu weisen, resultiere aber aus der verzerrten Wahrnehmung von Landwirt\*innen als einer homogenen Gruppe. Es sei wichtig, Unterschiede innerhalb der Protestbewegung und des Berufsstands differenziert zu benennen, um das Protestgeschehen zu verstehen.

„ Die Proteste vom Jahresanfang 2024 sind kein neues Phänomen, sondern in einen geschichtlichen und politischen Zusammenhang eingebettet.

Julia Bar-Tal



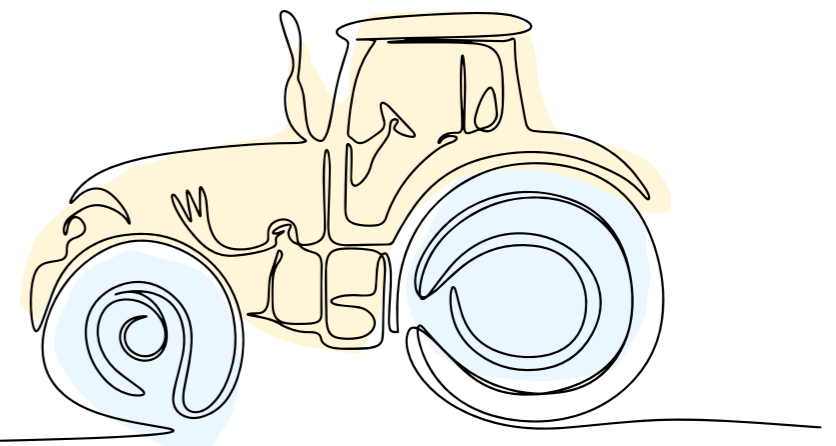
### Undemokratischer Vereinnahmung entgegentreten

Julia Bar-Tal verweist auf Unterschiede zwischen den Regionen, in denen Protest stattfindet, und nennt zwei Beispiele:

- 1 Immer wieder würden Proteste von rechtsextremen Akteuren vereinnahmt. Diese nutzten Chatgruppen, um gezielt Falschinformationen zu verbreiten und füllten Lücken, die durch den Rückzug demokratischer Kräfte frei würden, so Bar-Tal. Rechtsextreme Akteure gewinnen somit Einfluss auf das Protestgeschehen und auf die Formulierung politischer Forderungen innerhalb der Bewegung.
- 2 Ein Gegenbeispiel findet sich unter anderem in Dresden. Bar-Tal erzählt, wie dort die vom Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen als rechtsextrem und verfassungsfeindlich eingestufte Gruppierung „Freie Sachsen“ den Landwirten mit der Anmeldung einer Montagsdemonstration zum Thema Landwirtschaft zugekommen war. Sie versuchte, den Bauernprotest zu vereinnahmen. Daraufhin hätten sich die regionalen Landwirte der unterschiedlichen Verbände gemeinsam abgesprochen, seien der Demonstration am Montag ferngeblieben und erst Mittwoch mit ihren Maschinen nach Dresden gefahren.

Die Vereinnahmung von Protestgeschehen sei somit unter anderem davon abhängig, wie stark soziale Netze lokal verankert seien und wie erfolgreich auch verbandsübergreifend miteinander gearbeitet werde. Und natürlich, betont Bar-Tal, sei die mögliche Vereinnahmung auch davon abhängig, ob Bauern und Bäuerinnen sowie landwirtschaftliche Vertretungen klar Stellung für demokratische Positionen beziehen. Regionale Unterschiede sowie strukturelle Rahmenbedingungen in der Landwirtschaft sollten bei der Bewertung des Protestgeschehens berücksichtigt werden.

Protokoll: Konstantin Leimig  
Redaktion: Antonia Mohr





## Queere Repräsentation im ländlichen Raum – Ein Erfahrungsbericht aus dem Burgenlandkreis

Zusammenfassung des Inputs von Eric Stehr

Vor fast genau 30 Jahren wurde der sogenannte Schwulenparagraf 175 des Strafgesetzbuches, der Homosexualität unter Strafe stellte, abgeschafft. Dieser politische Erfolg hat in den Folgejahren queeres Leben in Deutschland sichtbar gemacht. Gerade im ländlichen Raum sind queere Menschen aber bis heute wenig organisiert und vertreten.

### Ein Anfang ist gemacht: Der erste CSD im Burgenlandkreis

Dies galt bis 2023 auch für den Burgenlandkreis, wo Eric Stehr als Stadtrat in Weißenfels wirkt. Im vergangenen Jahr organisierte Stehr, zusammen mit anderen, den ersten Christopher-Street-Day (CSD) im Burgenlandkreis. Das Event mit 600 bis 800 Teilnehmenden fand überregional Beachtung und setzte ein weithin sichtbares Zeichen queerer Repräsentation im ländlichen Raum.

” Lasst uns im ländlichen Raum nicht alleine!

Eric Stehr

#### INFO

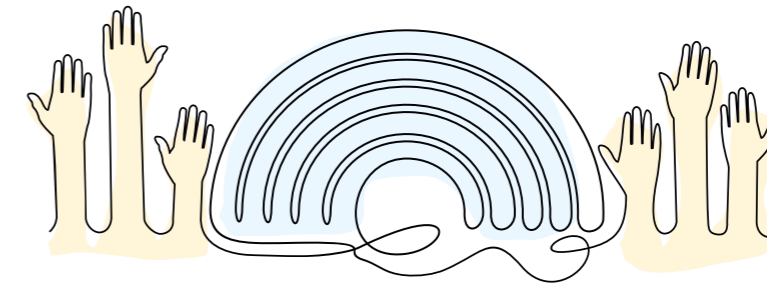
Der Christopher Street Day (CSD) ist eine jährlicher Fest-, Gedenk- und Demonstrationstag der LGBTQ+ Community. Er geht auf die Stonewall-Aufstände in der New Yorker Christopher Street im Jahr 1969 zurück. Diese Proteste gelten als Wendepunkt im Kampf für die Rechte sexueller Minderheiten. Der CSD umfasst Paraden, Kundgebungen und kulturelle Veranstaltungen, die auf Akzeptanz und Gleichberechtigung von LGBTQ+ Personen aufmerksam machen. In vielen deutschen Städten wie Berlin, Köln und Hamburg ist der CSD ein bedeutendes gesellschaftliches Ereignis, das Tausende Teilnehmende anzieht.

Die Kommune ist für alle da, begründet Stehr den CSD-Protest: „Jede und jeder soll sich so ausleben können, wie er/sie mag, solange es niemand anderen einschränkt.“ Symbolik allein genügt allerdings nicht, so Stehr und erläutert: „Es bringt nichts, wenn eine Stadt überall Regenbogenflaggen aufhängt, aber die Menschen selbst nicht erwünscht sind.“ Der Stadtrat hat die Erfahrung gemacht, dass Männer, die nicht-heteronormative Kleidung oder Schmuck tragen, im Burgenland mit Anfeindungen rechnen müssen.

Stehr berichtet, wie das Vorbereitungsteam vor der Veranstaltung über den Umgang mit Bedrohungen diskutiert habe: „Wenn der III. Weg uns droht, sagen wir ab?“ Der innere Kreis der Aktivist\*innen entschied: „Nein, wir ziehen das jetzt durch.“ Standpunkt der Veranstalter\*innen war, dass die äußere Sicherheit nicht ihre, sondern Aufgabe der Polizei sei, der sie alle Hinweise auf Gefährdungen und Bedrohungen weiterleiteten. Im Nachgang führten die Organisator\*innen Gespräche mit der Polizei, um für den nächsten CSD noch besser aufgestellt zu sein.

### Unterstützung aus der Politik und Zivilgesellschaft ist ausbaufähig

Die CSD-Organisator\*innen freuten sich über den Zuspruch vieler Menschen aus dem Burgenland. Dieser sei aber leise gewesen. Rund zwei Dutzend Organisationen, die beim CSD vor Ort waren, vertraten die Zivilgesellschaft. Insbesondere politische Parteien nutzten die Veranstaltung auch als Werbefläche. Ein wichtiges Signal war die klare Positionierung des Landrates für den CSD, der als Schirmherr für die Veranstalter\*innen ansprechbar war. Wesentlich war auch die Unterstützung aus anderen, teils größeren Kommunen. Allein aus Leipzig reisten 150 Personen gemeinsam zum CSD in Weißenfels an. „Wir kommunizieren: Lasst uns im ländlichen Raum nicht alleine“, berichtet Stehr und weist darauf hin, dass Menschen teilweise bewusst und aus Sicherheitsgründen nicht



an ihrem ländlichen Wohnort, sondern in größeren Städten demonstrierten.

Stehr zieht ein positives Fazit: „Wir haben schnell gesagt, wir organisieren einen neuen CSD.“ Für den CSD 2024, der von Veranstaltungen in mehreren Städten des Kreises begleitet wird, hoffen die Veranstalter\*innen auf noch mehr Präsenz der Zivilgesellschaft. Die Veranstalter\*innen stellen neben dem Ruf nach Sicherheit für queere Menschen auch weitere Forderungen auf. „Wir wollen Räume haben, nicht nur speziell queere, sondern insbesondere Räume für junge Leute. Da wurde viel gespart.“

### Kommunen profitieren von queerfreundlichen Räumen

Lässt sich aus dem Burgenland für andere ländliche Landkreise lernen? Queere Repräsentation ließe sich einer Kommune jedenfalls nicht aufzwingen, ist sich Stehr sicher. Dennoch hebt Stehr die ökonomischen Vorteile eines queerfreundlichen ländlichen Raums hervor und benennt eigene Interessenskonflikte: „Ich möchte als Stadtrat drauf achten, wie die Kommune repräsentiert wird und vertrete zugleich aktivistische Interessen.“ Nach seiner Erfahrung fühlten sich Fachkräfte von einer offenen Gemeinschaft angezogen. Wenn diese sich ihren Wohnort frei aussuchen können, seien nicht nur verfügbare Arbeitsplätze, Infrastruktur und verfügbarer Wohnraum für ihre Entscheidung wichtig, sondern auch ‚weiche‘ Faktoren wie eine vielfältige kulturelle Szene.

Queerer Protest stärkt die Gemeinschaft, da er von Betroffenen selbst ausgeht, beschreibt Stehr: Nur wo sich Menschen wohlfühlen, engagieren sie sich. Zusammenhalt schafft Sicherheit.

### Drei Fragen an Eric Stehr, Stadtrat und Aktivist in Weißenfels

1. Wie bringen Sie als Stadtrat queere Kommunalpolitik voran?

Indem ich queere Thematiken in Debatten an der richtigen Stelle unterbringe. Da die politischen Mehrheiten eher verschlossen bis negativ auf queere Politik reagieren, bleibt vor allem der Weg über den außerparlamentarischen Aktivismus, mit dem man in diesem Fall mehr erreichen kann.

2. Wie unterstützt die Kommune Weißenfels die queere Community vor Ort?

Einige Verantwortliche in der Stadtverwaltung sind dem Thema gegenüber offen. Leider sind es noch nicht genug, da nicht alle in der Stadtspitze die Bedeutung vom Einbezug lokaler Minderheiten erkennen.

3. Mit welchen Gefühlen blicken Sie auf den nächsten CSD im Burgenlandkreis?

Auf den nächsten CSD blicke ich mit Vorfreude, da wir ein tolles Programm und einige Außenveranstaltungen in anderen Städten geplant haben, sodass der gesamte Burgenlandkreis davon profitiert. Wir hoffen dabei auf eine bessere Absicherung durch die Polizei als 2023, sodass es zu keinen Störfällen oder Angriffen kommt.

Protokoll: Oliver Knabe

Redaktion: Oliver Knabe, Antonia Mohr

## Zwischen Kooperation und Konflikt: Zum Verhältnis von sozialen Bewegungen und Kommunalpolitik

Dialogische Zusammenfassung des Gesprächs von Anne Klingenmeier (links)  
mit den Teilnehmenden des Diskussionsforums (rechts)

**Klingenmeier:** Soziale Bewegungen können hilfreich sein, um kurze Wege in die Politik zu finden. Sie fördern den Dialog zwischen Bürger\*innen und Politik vor Ort. In Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche sind soziale Bewegungen ein Hinweisgeber für die Politik: Wo brennt es in der Kommune und was braucht es zur Lösung? Gleichzeitig können soziale Bewegungen auch Umbrüche hervorbringen.

**Klingenmeier:** Soziale Bewegungen können Kristallisationspunkte sein, an denen zum Teil auch globale Fragen verhandelt werden. Dabei agieren sie im Sinne von „think global, act local“. Gemäß der Transformationstheorie von Erik Olin Wright können soziale Bewegungen Freiräume in den Rissen herrschender Machtstrukturen bilden. Sie haben die Fähigkeit, symbiotische Koalitionen mit verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren einzugehen.

**Klingenmeier:** Beide Seiten folgen unterschiedlichen Strategien. Soziale Bewegungen agieren in Bezug auf z.B. die Klimakrise eher langfristig, wollen aber kurzfristige Ziele, wie etwa die Verhinderung von Versiegelung, durchsetzen. Auch Kommunalpolitik denkt sowohl kurz- als auch langfristig. Es fehlt jedoch häufig das Verständnis für die jeweiligen Sachzwänge und Bedürfnisse der anderen Seite. Großes Konfliktpotenzial liegt darin, dass die Zeiträume, in denen gedacht wird, zwischen beiden Seiten nicht synchronisiert sind.

**Klingenmeier:** Um das Verhältnis zwischen sozialen Bewegungen und Kommunalpolitik fruchtbar zu machen, braucht es eine gute Abstimmung. Dazu ist Lernbereitschaft und Änderungswillen auf beiden Seiten sowie eine offene Kommunikation erforderlich. Innerhalb sozialer Bewegungen muss ein Bewusstsein für die politischen Realitäten geschaffen werden, um Kommunalpolitik, ihre Prozesse und Entscheidungen besser zu verstehen. Die Kommunalpolitik sollte sich Zeit nehmen, offene Räume für demokratische Aushandlungsprozesse zu schaffen. Ergebnisse sollten nicht nur als ‚Feigenblatt‘ genutzt, sondern auch umgesetzt werden.

**Teilnehmende:** Es ist sinnvoll, wenn Kommunalpolitik sich mehr Zeit für die Aushandlung von offenen Fragen mit sozialen Bewegungen nimmt. Häufig gibt es aber Berührungsängste, die erstmal abgebaut werden müssen. Eine Teilnehmerin stellt fest: „Generell gilt: Wenn sich Zivilgesellschaft bewegt, ist das immer gut.“

**Teilnehmende:** Die intensive inhaltliche Arbeit sozialer Bewegungen kann positiv auf die Kommunalpolitik wirken. Der Beitrag sozialer Bewegungen zu übergeordneten Themen wie Energiewende oder Klimawandel ist für die Kommunalpolitik sehr wertvoll. Dabei sollte es jedoch nicht darum gehen „immer die ganz großen Steine zu bewegen“, mahnt eine Teilnehmerin, „denn der Apparat der Kommunalpolitik ist mitunter behäbig“.

**Teilnehmende:** Kommunalpolitik ist nicht nur kurzfristig ausgerichtet. Für verschiedene kommunale Projekte gelten teilweise Planungszeiträume von zehn Jahren und mehr. Die Frage, was schnell gehen muss und was nicht, wird von beiden Seiten verschieden bewertet. In sozialen Bewegungen und in der Kommunalpolitik gibt es also Unterschiede in der Wahrnehmung von Zeit.

**Teilnehmende:** Eine offene Kommunikation zwischen sozialen Bewegungen und Kommunalpolitik ist wichtig, um ein gegenseitiges Verständnis für die jeweiligen Belange herzustellen. Dabei muss von Seiten der Kommunalpolitik ehrlich gesagt werden, was geht und was nicht: „Wir können nicht über jedes Stöckchen springen, das uns hingehalten wird.“, so eine teilnehmende Bürgermeisterin. Zu klären ist ebenfalls, in welchem Format Austausch konstruktiv und frühzeitig stattfinden kann. Die Teilhabe von Bürger\*innen bei der Planung kommunaler Projekte wird durch offenen Austausch gestärkt.

Protokoll: Matthias Beiderbeck

Redaktion: Antonia Mohr, Jeannette Schütze

# Protest gegen Windkraft – Ärger und Engagement

Beitrag von Prof. Dr. Helen Landmann und Prof. Dr. Robert Gaschler

Der Ausbau der Windenergie an Land ist ein wichtiger Teil der Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien. Dabei geht es nicht nur darum, dass der bisherige Strombedarf nun aus erneuerbaren Energiequellen gedeckt wird. Zukünftig wird deutlich mehr Elektroenergie benötigt als bisher, weil beispielsweise die Beheizung von Gebäuden mit Wärmepumpen (statt Gas) und das elektrische Betreiben von Autos (statt mit Benzin/Diesel) zusätzlichen Bedarf implizieren. Einerseits gibt es also einen starken Bedarf an Ausbau von Windenergieanlagen an Land. Andererseits geht der Ausbau langsamer voran, als es gemessen an den Klimazielen der Bundesregierung sinnvoll wäre.

### INFO

Den Gründen für Hemmnisse im Ausbau von Windenergie geht das interdisziplinäre Forschungsprojekt Hemm-Den-Wind (<https://hemmdenwind.fernuni-hagen.de/>) nach. In drei Teilprojekten werden aus politikwissenschaftlicher, rechtswissenschaftlicher und psychologischer Perspektive verschiedene Erklärungsansätze zum Thema Hemmnisse für den Windenergie-Ausbau erforscht. Im Diskussionsforum stand die Forschungsfrage des psychologischen Teilprojektes im Vordergrund: Warum protestieren Personen gegen Windenergieanlagen?

### Was motiviert Protest?

Welche psychologischen Faktoren bestimmen, ob Menschen gegen den Ausbau von Windenergieanlagen protestieren? Eine wichtige Rolle spielt 1. wahrgenommene Ungerechtigkeit. Befragungen von Protestierenden unterstreichen, dass dabei zwei Varianten zu unterscheiden sind. Prozedurale Ungerechtigkeit (u.a. Simcock, 2016) betrifft die Frage, wie die Entscheidung für den Bau von Windenergieanlagen zustande gekommen ist. Dafür können mangelhafte Information und Beteiligung der Bürger\*innen, Lobbyismus und wahrgenommene mangelnde Transparenz über die Ziele ausschlaggebend sein (Hübner et al., 2023). Wahrgenommene Verteilungs-Ungerechtigkeit (u.a. Walker, 2007) ist beispielsweise dann relevant, wenn finanzielle Erträge von Windenergieanlagen nicht bei Kommunen und Anwohner\*innen im unmittelbaren Umfeld ankommen. So berichten Teilnehmer\*innen im Diskussionsforum, dass in ihren Kommunen ein substantieller Teil des Kommunalaushalts durch Wind-Erträge bestritten wird, was unter anderem die Gestaltung von Kita-Gebühren und die Instandsetzung von Spielplätzen positiv beeinflusst. Die erwartete Wirkung auf die Natur und persönliche Einstellungen zur Energiewende insgesamt können für diese Art der Gerechtigkeitsbewertung ebenfalls relevant sein (Hübner et al., 2023).

Ob Protest entsteht, ist 2. mit dadurch bestimmt, für wie wirksam Bürger\*innen den gemeinsamen Protest halten (Kollektive Wirksamkeit). Wichtig sind dabei unter anderem die Annahmen dazu, wie andere Bürger\*innen in der Umgebung zu Windkraft stehen (z. B. Hübner et al., 2023), wie schnell und stark sich wirtschaftliche und politische Akteure durch Protest beeinflussen lassen (z.B. Lubell, 2002) und ob bereits Erfahrungen mit erfolgreichem Protest bestehen (z.B. Drury & Reicher, 2009).

Schließlich ist 3. Identität für das Entstehen von Protest relevant: Zum einen kann es relevant sein, ob Personen sich als Aktivist\*in sehen (z.B. Stürmer & Simon, 2004) und zum anderen, ob sie sich stark mit dem Ort identifizieren, an dem die Windenergieanlagen gebaut werden sollen (z.B. Devine-Wright, 2009).

Alle drei Faktoren, 1. wahrgenommene Ungerechtigkeit, 2. kollektive Wirksamkeit und 3. Identität, sagen über zahlreiche Studien hinweg die Motivation vorher, sich an Protestaktionen zu beteiligen (van Zomeren et al., 2008). Für die Akzeptanz von Windkraftanlagen ist zusätzlich zu den genannten Aspekten relevant, ob den politischen und wirtschaftlichen Akteur\*innen ausreichend Vertrauen entgegengebracht wird, das Vorhaben kompetent und im Sinne der Gemeinde umzusetzen (Hübner et al., 2023).

### Potentielle Hemmnisse für den Ausbau von Windkraftanlagen und mögliche Lösungen

Potentielles Hemmnis	Mögliche Lösung
Planungsprozess wird als ungerecht wahrgenommen ( <b>prozedurale Ungerechtigkeit</b> )	Frühzeitiges Einbinden der Gemeinde; Informationsveranstaltungen im Marktplatzformat
Verteilung der Kosten und Nutzen wird als ungerecht wahrgenommen ( <b>Verteilungsungerechtigkeit</b> )	Finanzielle Beteiligung der Gemeinde; Ausgleich der Naturschäden durch Umweltschutzprojekte
Wahrnehmung, dass die Mehrheit der Bürger*innen gegen Windkraftanlagen in der Umgebung ist und erfolgreich dagegen vorgeht ( <b>kollektive Wirksamkeit</b> )	Aufzeigen, dass Widerstand gegen Windkraftanlagen nur von einer kleinen Gruppe ausgeht; Aufzeigen der rechtlichen Rahmenbedingungen
Identifikation mit der Gruppe der Aktivist*innen (Identität)	Abspaltung einzelner Gruppen verhindern durch Ernstnehmen der Bedenken
Fehlendes Vertrauen in die politischen und wirtschaftlichen Akteur*innen ( <b>Vertrauen</b> )	Einbinden von Multiplikator*innen; Transparenz und Beteiligung

Anmerkung: Die möglichen Lösungen basieren auf psychologischen Befunden (siehe Hübner et al., 2023) und den Austausch mit Praktiker\*innen. Die Effektivität dieser Lösungen im Bereich Protest gegen Windkraft wurde bisher allerdings noch nicht ausreichend wissenschaftlich überprüft.

>>

## Gemeinsam Veränderung bewirken – Zugunsten der Kommune

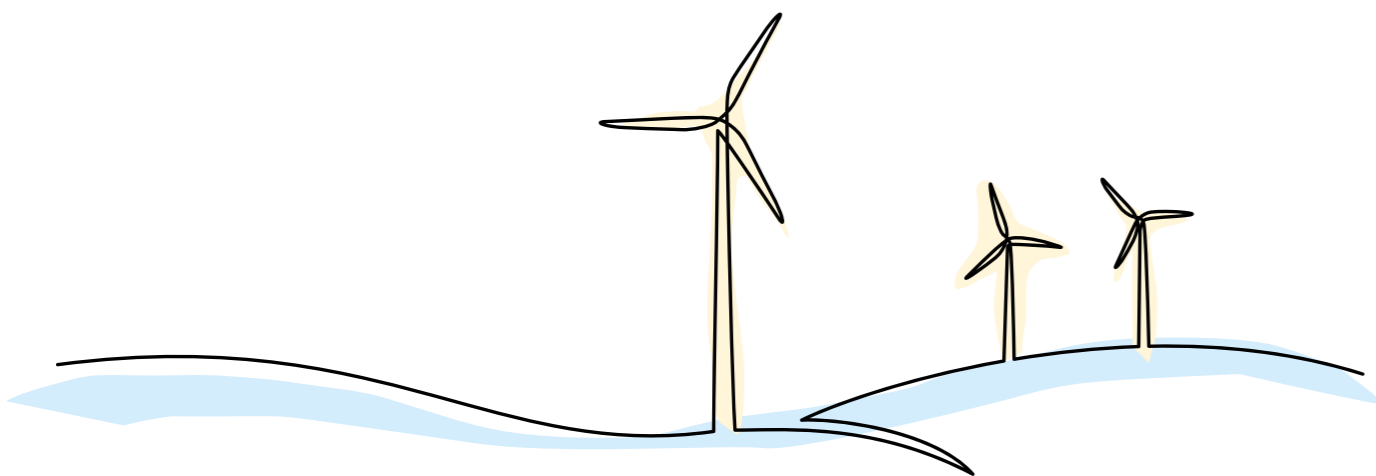
Forschung zu Protest legt nahe, dass sowohl wahrgenommene Ungerechtigkeit als auch wahrgenommene kollektive Wirksamkeit, vermittelt durch Emotionen, die Bereitschaft zu Protest erhöhen (Landmann & Rohmann, 2020). Wahrgenommene Ungerechtigkeit führt zu Ärger. Wenn man Ärger empfindet, impliziert dies, dass man eine negative Situation für veränderbar hält (Landmann, 2020; Weiner et al. 1982). Die Emotion kann dadurch den Handlungsimpuls auch über längere Zeit aufrechterhalten. Die Wahrnehmung, gemeinsam mit anderen durch Protest Veränderungen bewirken zu können, kann das positive Gefühl des Bewegtseins auslösen – was wiederum die Bereitschaft zu Protest erhöhen und aufrechterhalten kann. Ärger kann also dazu beitragen, dass sich Bürger\*innen stärker an den Entscheidungsprozessen beim Windenergie-Ausbau beteiligen.

Faktoren, die zu Protest gegen Windenergie beitragen, können für viele andere kommunale Prozesse förderlich sein. Wie auf dem Fachtag vielfach diskutiert, brauchen Kommunen das Engagement und den Zusammenhalt der Bürger\*innen. Kollektive Wirksamkeit und Identität im Zusammenhang mit kommunalem Engagement sollten also einerseits gefördert werden. Andererseits ist in vielen Fällen Protest gegen Windenergie nicht im langfristigen Interesse der Kommune. Beispiele aus anderen Kommunen können dazu ermuntern, das Engagement

der Bürger\*innen darauf zu richten, dass der Ausbau möglichst verträglich und für die Kommune und die Bürger\*innen finanziell attraktiv verläuft. Ein Kompromiss kann für die Gemeinde langfristig die bessere Lösung darstellen, wenn einzelne Bedenken der Aktivist\*innen gegen den Ausbau berechtigt sind (Hübner et al., 2023). Das Gefühl gemeinsam etwas erreichen zu können, kann auch erlebt werden, wenn Bürger\*innen dafür sorgen, dass der Ausbau stärker der Kommune zugutekommt.

Die Gespräche im Diskussionsforum machten deutlich, dass es wenige Themen gibt, die kommunal so stark Emotionen auslösen, wie Windenergie. Teilnehmer\*innen berichten, dass sachliche Argumente oft nicht aufgenommen werden und Bürger\*innen Positionen vertreten, die vor dem Hintergrund ihres langen Engagements für die Kommune überraschen können. So werden z.B. Bürgermeister\*innen von Bürger\*innen offen dazu aufgefordert, bestehendes Recht nicht umzusetzen. Es kann hilfreich sein, diesen engagierten Bürger\*innen zu verdeutlichen, dass ihre extremen Positionen als überraschend empfunden werden und den langfristigen Interessen der Kommune widersprechen können. Tatsächlich gibt es viele positive Beispiele aus Kommunen, auf die verwiesen werden kann und die Rechtslage bietet Möglichkeiten zur Mitbestimmung und -gestaltung, die vor Ort genutzt werden können.

Protokoll: Marina Lorenz  
Redaktion: Antonia Mohr



## KURZZEITINTERVENTIONEN IN AKUTEN KONFLIKTSITUATIONEN

In der Stadt Rottenburg am Neckar unterstützte das, am K3B angesiedelte, Projekt „Kurzzeitinterventionen in akuten Konfliktsituationen – KIKO“ die Stadtverwaltung im Umgang mit lokalen Konflikten. Hierzu wurde eine systemische Situations- und Konfliktanalysedurchgeführt, die sich exemplarisch mit den Nachwirkungen des Beteiligungsprozesses zur Verpachtung von Flächen für Windkraft beschäftigte. Dafür wurden Hintergrundgespräche mit verschiedenen Akteur\*innen aus Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft geführt. Ziel der Analyse war es, die Auswirkungen des Beteiligungsprozesses auf die zukünftige Kommunikation zwischen

Politik, Verwaltung und Einwohner\*innen zu bewerten und zu verstehen, welche Lehren für zukünftige Beteiligungsprozesse gezogen werden können. Ein Ergebnis der Analyse war, dass unterschiedliche Erwartungen an den Beteiligungsprozess gestellt und Begriffe wie beispielsweise „Dialog“ ganz unterschiedlich verstanden wurden. Diese wahrgenommene prozedurale Ungerechtigkeit prägte somit die Konfliktdynamiken vor Ort. Die Ergebnisse der in Rottenburg durchgeführten Analyse wurden dem Kommunalen Entwicklungsbeirat - einem Gremium bestehend aus Vertreter\*innen aus Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft - vor-

gestellt. Dieses erarbeitete unter der Überschrift „Friedliches Zusammenleben und Nachhaltige Entwicklung in Rottenburg im Kontext multipler Krisen“ Handlungsempfehlungen, die dem Gemeinderat übergeben wurden.

Das Projekt KIKO unterstützt Akteure in akuten Konfliktsituationen, Konflikte zu deeskalieren und Handlungsmöglichkeiten zu erweitern. Das Projekt wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie Leben!“ sowie der Heidehof Stiftung und unterstützt von der Stiftung Dialoge & Begegnungen.

### Quellen

Devine-Wright, P. (2009). Rethinking NIM-BYism: The role of place attachment and place identity in explaining place-protective action. *Journal of Community & Applied Social Psychology*, 19, 426–441. <https://doi.org/10.1002/casp.1004>

Drury, J., & Reicher, S. (2009). Collective psychological empowerment as a model of social change: Researching crowds and power. *Journal of Social Issues*, 65(4), 707–725. <https://doi.org/10.1111/j.1540-4560.2009.01622.x>

Hübner, G., Leschinger, V., Müller, F. J., & Pohl, J. (2023). Broadening the social acceptance of wind energy—An Integrated Acceptance Model. *Energy Policy*, 173, 113360. <https://doi.org/10.1016/j.enpol.2022.113360>

Landmann, H. (2020). Emotions in the context of environmental protection: Theoretical considerations concerning emotion types, eliciting processes, and affect generalization. *Umweltpsychologie*, 24(2), 61–73. <http://www.helen-landmann.net/wp-content/uploads/2021/04/Landmann-2020-Emotions-and-Environment.pdf>

Landmann, H. & Rohmann, A. (2020). Being moved by protest: Collective efficacy beliefs and injustice appraisals enhance collective action intentions for forest protection via positive and negative emotions. *Journal of Environmental Psychology*, <https://doi.org/10.1016/j.jenvp.2020.101491>

Lubell, M. (2002). Environmental Activism as Collective Action. *Environment and Behavior*, 34(4), 431–454. <https://doi.org/10.1177/00116502034004002>

Simcock, N. (2016). Procedural justice and the implementation of community wind energy projects: A case study from South Yorkshire, UK. *Land Use Policy*, 59(31), 467–477. <https://doi.org/10.1016/j.landusepol.2016.08.034>

Stürmer, S., & Simon, B. (2004). The role of collective identification in social movement participations: A panel study in the context of the German gay movement. *Personality and Social Psychology Bulletin*, 30(3), 263–277. <https://doi.org/10.1177/0146167203256690>

Van Zomeren, M., Postmes, T., & Spears, R. (2008). Toward an integrative social identity model of collective action: A quantitative research synthesis of three socio-psychological perspectives. *Psychological Bulletin*, 134, 504–535. <http://dx.doi.org/10.1037/0033-2909.134.4.504>

Walker, G. P. (2007). Environmental justice and the distributional deficit in policy appraisal in the UK. *Environmental Research Letters*, 2(4):045004. <https://doi.org/10.1088/1748-9326/2/4/045004>

Weiner, B., Graham, S., Stern, P., & Lawson, M. E. (1982). Using affective cues to infer causal thoughts. *Developmental Psychology*, 18(2), 278–286. <https://doi.org/10.1037/0012-1649.18.2.278>

## Versöhnungsarbeit leisten: Die Auswirkungen internationaler Konflikte auf deutsche Kommunen

Zusammenfassung des Inputs von Mamad Mohamad

### Internationale Konflikte wirken schon lange vor Ort

Internationale Krisen und Konflikte wirken schon seit langem hier vor Ort, erklärt Mamad Mohamad. Ein Beispiel dafür ist das Aufeinandertreffen von Nord- und Südvietnames\*innen nach der Wiedervereinigung Deutschlands. Während Nordvietnames\*innen vor der Wende als Vertragsarbeiter\*innen in der DDR gearbeitet haben, kamen Südvietnames\*innen als Geflüchtete nach Westdeutschland. Im wiedervereinten Deutschland treffen sie aufeinander. Plötzlich, so Mohamad, wird Versöhnungsarbeit in Deutschland notwendig.

„Man muss über Fakten sprechen und gleichzeitig nicht vergessen, dass der Bauch anders denkt. Der Bauch muss auch Raum haben.“

Mamad Mohamad

#### INFO

Mamad Mohamad ist Mitgründer und Geschäftsführer des Landesnetzwerks Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA) e.V. Der Verein wurde 2008 gegründet. Der Dachverband vertritt die Interessen von Migrantenorganisationen und Menschen mit Migrationshintergrund. Er arbeitet auf Landesebene in Sachsen-Anhalt und hat heute 110 Mitglieder aus 80 Nationen – darunter sind Migrantenorganisationen und Einzelpersonen.

[www.lamsa.de](http://www.lamsa.de)

### Mohamad nennt vier Bedingungen für eine gelungene Versöhnungsarbeit:

- 1 Versöhnung benötigt Zeit.** Nicht alle Menschen wollen oder können sich schnell auf den Prozess einlassen.
- Entscheidend für den Prozess ist, **Vertrauen** aufzubauen. Die Menschen, die in Deutschland leben, sind nicht unmittelbar von Kampfhandlungen und Gewalt betroffen. Das sei eine Chance, denn die Distanz zum Konfliktgeschehen könne genutzt werden, um Vertrauen zwischen verschiedenen Gruppierungen wachsen zu lassen – wie beispielsweise zwischen den islamischen und jüdischen Gemeinden in Halle.
- Die Menschen müssen dort abgeholt werden, wo sie **emotional** stehen. Betroffene reagieren emotional sehr verschieden auf Konflikte. Es sei wichtig, zu akzeptieren, dass nicht alle Menschen bereit sind, sich die Hand zu geben: „Wir sind als Migrant\*innen keine homogene Gruppe, wir lieben uns nicht alle – das muss man im Blick haben“, betont Mohamad.
- Es gilt, **keine Angst vor Konflikten** zu haben. Konflikte sind eine Chance für Veränderung. Bei der Bearbeitung von Konflikten müsse auch kreativ gedacht und neue Wege gefunden werden. Mohamad ruft die Teilnehmer\*innen dazu auf, in der Bearbeitung von Konflikten unkonventionell zu denken: „Gehen Sie eigene Wege, auch in der Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen.“

„Versöhnung ist eine schwierige Aufgabe. Ich bin selbst Kurde aus Syrien. Der Krieg hat viele Menschen zu Feinden gemacht. Internationale Krisen haben täglich enorme emotionale Auswirkungen auf uns. Wir beim LAMSA machen als tägliches Brot Versöhnungsarbeit. Wir investieren Zeit in gemeinsames Trauern.“

Mamad Mohamad

### Fragen und Diskussion

*Die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit in Europa wendet sich immer neuen Konflikten zu. Die Aufmerksamkeit liegt oft nur wenige Wochen auf einzelnen Ländern und Konfliktsituationen. Wie wirkt sich diese Unstetigkeit auf die Arbeit von LAMSA aus?*

Mamad Mohamad: Das ist tatsächlich ein Problem. Manchmal hat man das Gefühl, sich im Kreis zu drehen. Hinter jedem Konflikt steht schon der nächste. Und Konflikte in anderen Ländern können eigene Traumata berühren. Traumatisierungen kommen so immer wieder hoch, können aber nicht von allen offen geteilt werden. Bei LAMSA gibt es geschützte Räume, um mit solchen traumatischen Erfahrungen gemeinsam umgehen zu können. Diese Räume sind offen für alle. Es gibt keine Vorgaben, wie diese Räume zu gestalten sind. Es gibt keine Tagesordnung und keine Moderation. Ziel ist, dass die Menschen dort unter sich sind und ihre Trauer teilen können.

*Woran lässt sich festmachen, wie intensiv sich bestimmte internationale Konflikte hier in Deutschland auswirken?*

Mamad Mohamad: Die Gründe dafür sind multikausal. Allerdings sind größere Communities oft besser organisiert. Große, gut organisierte Gruppen können schnell Anhänger\*innen mobilisieren und Proteste anstoßen. Auch können große Communities ihre Interessen besser selbst vertreten. Aber in großen Gruppen verbreiten sich auch Fake News schneller weiter. Fake News sind sehr wirksam. Sie werden oft gleich mehrsprachig verbreitet. Da kommt LAMSA nicht hinterher.

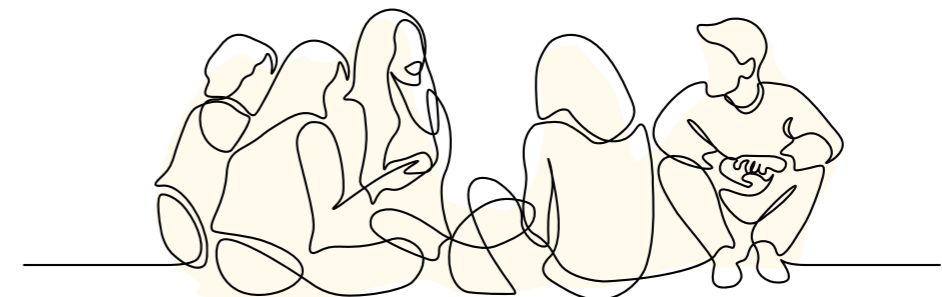
Mit Betroffenen arbeitet LAMSA daran, wahre und unwahre Informationen zu unterscheiden – teils auch in Zusammenarbeit mit der Polizei. Das Problem bei internationalen Konflikten ist, dass es oft mehrere Wahrheiten gibt.

*Wie wirken sich internationale Konflikte auf das Zusammenleben in Kommunen aus?*

Mamad Mohamad: Internationale Konflikte betreffen die gesamte Stadtgesellschaft. Sie sind keine rein migrantische Angelegenheit. Aufgabe der Zivilgesellschaft muss es sein, Vertrauen aufzubauen und die Kommunikation zwischen Bevölkerungsgruppen zu stärken. Die Kommunalwahlen der vergangenen Wochen zeigen jedoch, dass zurzeit eher Mauern hochgezogen werden zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen. Die Kommunikation, der Dialog zwischen unterschiedlichen Gruppen, wird immer schwieriger.

LAMSA bezieht zu internationalen Konflikten keine Stellung. Gleichzeitig sind die Folgen dieser Konflikte in der täglichen Arbeit spürbar: in Eltern- und Sozialberatungen ebenso wie in der Kampagnenarbeit, die über das politische System in Deutschland aufklären soll. Aufgabe von LAMSA ist es, einen Rahmen zu bieten, in dem auch schwierige Diskussionen miteinander geführt werden können.

Protokoll: Angelika Maser  
Redaktion: Jeannette Schütze



# Auf der Suche nach einer neuen Erzählung: Proteste und Konfliktbearbeitung in Chemnitz

Zusammenfassung des Inputs von Ines Vorsatz

Chemnitz bereitet sich darauf vor, Europäische Kulturhauptstadt 2025 zu werden. Unter dem Motto „C the unseen“ will die Stadt mit einem vielfältigen Programm die lokale und regionale Entwicklung von Kultur fördern. Mitten im Bewerbungsprozess zur Kulturhauptstadt kam es in Chemnitz jedoch im August 2018 zu gewalttätigen und rassistischen Protesten. Zu diesen mobilisierten Kräfte der extremen Rechten nach einer tödlichen Auseinandersetzung zwischen einem Asylbewerber und einem Deutschen. Die Proteste motivierten die Stadt, den Titel der Kulturhauptstadt auch dafür zu nutzen, die aktive Rolle von Bürger\*innen in einer demokratischen Gesellschaft zu stärken. Einbezogen werden soll vor allem die „stille Mitte“, die zu den rechten Ausschreitungen schwieg.

Vorsatz beobachtet, dass rechtsextreme Gruppierungen Auseinandersetzungen rund um aktuelle Themen wie Migration, Windkraft oder medizinische Versorgung gezielt zum Gegenstand ihrer Proteste machen. Ihr Ziel sei es, den ausgewählten Konflikt zu eskalieren, Angst zu erzeugen und das Vertrauen in die demokratischen Institutionen zu zersetzen. Dieser „Empörungsaktionismus“, so Vorsatz, greife bestehende Ängste in der Bevölkerung auf. Er biete zudem Resonanzräume, die von demokratischen Parteien oft nicht geboten würden. Bürger\*innen fühlten sich von diesen abgehängt und nicht gehört:

Damit einher gehe das Gefühl von Chemnitzer Bürger\*innen, durch Medien und Öffentlichkeit als „Nazistadt“ stigmatisiert zu sein.

„ Wir hatten das Gefühl, wir müssten auf dem Marktplatz ein großes Ohr aufstellen, weil die Leute sich nicht gehört fühlen.

Ines Vorsatz

## Chemnitz geht das Problem aktiv an

Doch diese Einschätzung greife zu kurz, macht Vorsatz deutlich: seit 2008 setze sich die Stadtverwaltung, in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, aktiv mit dem Thema auseinander und fördert demokratisches Engagement in der Kommune. Die Stadt stehe vor der Herausforderung, eine neue Erzählung zu finden, die für den Mehrwert einer offenen, demokratischen Stadtgesellschaft wirbt.

Dafür hat die Stadt Chemnitz seit 2009 knapp 3,5 Millionen Euro, davon 1,2 Millionen Euro aus Eigenmitteln der Verwaltung, ausgegeben. Maßnahmen zur Demokratieförderung werden im Rahmen der Partnerschaften für Demokratie und des „Lokalen Aktionsplans für Demokratie, Toleranz und für ein weltoffenes Chemnitz“ (LAP) umgesetzt. Eine extra eingerichtete Stelle koordiniert die Maßnahmen.

Ines Vorsatz betont, dass zivilgesellschaftlich engagierten Bürger\*innen Unterstützung, Wertschätzung und Perspektive geboten werden sollen. Die Stadt Chemnitz unterstütze sie mit vielfältigen Angeboten zur Stärkung demokratischer Grundwerte, Förderung von Sozialkompetenzen und zur Sensibilisierung gegenüber diskriminierenden Einstellungen. Diese Angebote würden sehr gut angenommen und stabilisierten die Zivilgesellschaft langfristig, „auch, wenn die Effekte nicht sofort sichtbar sind“, so Vorsatz.

Die Stadt suche außerdem nach neuen Dialogformaten, die die Vertrauensbildung zwischen Einheimischen und Zugewanderten ermöglichen. Positive Erfahrungen von sozialer und kultureller Vielfalt zu machen, könne dazu beitragen, noch nicht gefestigte Einstellungen zu verändern, so Vorsatz. Dafür brauche es aber noch mehr Ressourcen, etwa für Gewalt- und Radikalisierungsprävention. Auch fehle es an muttersprachlichen Angeboten zum Aufbau von Beziehungen und Vertrauen mit den migrantischen Communities.

Insbesondere im Umgang mit Mobilisierung für rechtsextreme Proteste sei die Kooperation von Zivilgesellschaft, Verwaltung und Polizei ein Schlüsselfaktor. Zum Beispiel könne das schnelle Melden von Stickern und Graffiti durch Bürger\*innen dazu beitragen, ein detaillierteres polizeiliches Lagebild zu erstellen, welches Handlungsbedarf sichtbar mache. Rechtsextreme Raumnahme werde dadurch begrenzt. Gleichzeitig wünscht sich Ines Vorsatz mehr solidarische Unterstützung für die Verwaltung aus der Zivilgesellschaft.

„ Ziel ist es, zu zeigen, dass da eine Zivilgesellschaft ist, die dagegen hält.

Ines Vorsatz

Für eine demokratisch engagierte Verwaltung sei es unerlässlich, immer wieder neue Methoden zu entwickeln und die eigenen Strategien zu hinterfragen, schlussfolgert Vorsatz.

Anderen Engagierten rät sie, sich eine starke Gemeinschaft aufzubauen, die sich gegenseitig stärke.

Protokoll: Oliver Knabe

Redaktion: Oliver Knabe, Antonia Mohr

Zeitstrahl



# Vom Protest zur Konfliktbearbeitung: Chancen für gesellschaftliche Transformation

von *Thimna Bunte*

In gesellschaftlichen Auseinandersetzungen nehmen Proteste eine zentrale Rolle ein. Sie sind nicht nur durch demokratische Grundrechte geschützte Ausdrucks- und Partizipationsformen, sondern fungieren auch als Spiegel tiefgreifender gesellschaftlicher Konflikte. Dieser Artikel beleuchtet die Rolle und Chancen von Protest aus konflikttransformatorischer Perspektive. Dabei verstehe ich Konflikttransformation als Prozesse, durch die gesellschaftliche Konflikte konstruktiv bearbeitet, und gleichzeitig Strukturen verändert werden, die Gewalt und Ungerechtigkeit begünstigen (Fisher, 2000).

## Die Rolle von Protesten in der Konflikttransformation

Proteste entstehen häufig als Reaktion auf wahrgenommene soziale oder politische Ungerechtigkeiten oder unerfüllte Bedürfnisse innerhalb einer Gemeinschaft (Gurr, 1970; Kolb, 2008). Sie können sich auf lokale Anliegen, wie städtebauliche Projekte und kommunale Politik, ebenso beziehen wie auf globale Themen wie Klimawandel oder Menschenrechte. Ob durch Mahnwachen, Demonstrationen, Straßentheater, Blockaden, oder digitale Kampagnen (Sharp, 1973) - protestierende Menschen und Gruppen zeigen, dass sie gesellschaftliche Zustände oder Veränderungen als nicht hinnehmbar wahrnehmen, als unvereinbar mit ihren Zielen, Interessen und Bedürfnissen. Proteste machen also Konflikte sichtbar und dadurch auch bearbeitbar.

Diese Sichtbarmachung von Konflikten durch Protest kann sowohl in eine Gemeinschaft hinein, als auch nach außen wirken. Nach innen gerichtet fordert Protest das eigene Umfeld auf, Ungerechtigkeit zu erkennen, die Ursachen von Konflikten zu ergründen und sich zu ermächtigen, um sich aktiv für eine Veränderung einzusetzen (Freire, 1970). Nach außen machen Protestierende auf Missstände aufmerksam, stoßen Debatten und Veränderungen an und mobilisieren Unterstützung für ihre Forderungen. Protest macht also nicht nur Konflikte sichtbar, sondern drängt auch darauf, dass sie bearbeitet werden.

Indem Proteste Konflikte offenlegen und auf deren Bearbeitung drängen, setzen sie etablierte Verhältnisse unter Druck. Dadurch werden sie häufig als störend empfunden. Aus Perspektive der Konflikttransformation jedoch kann eine solche Eskalation durchaus konstruktiv sein. Sie ist ein Indikator dafür, dass bestehende institutionalisierte Mechanismen der Konfliktlösung und Interessenvertretung nicht ausreichen oder bestimmte Gruppen nicht angemessen repräsentieren (Moyer, 2001). Soziale Bewegungen können so zu einer Transformation jener Machtverhältnisse beitragen, die strukturelle Diskriminierung, Ungerechtigkeit und Gewalt fördern und konstruktive Konfliktbearbeitung behindern (Francis 2002).

Beispielsweise verschaffen sich marginalisierte gesellschaftliche Gruppen durch Protest Gehör, drängen auf den Abbau von Zugangsbarrieren und fordern gleichberechtigte Teilhabe an der Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens. In diesem Sinne leisten soziale Bewegungen durch Protest einen wichtigen konflikttransformatorischen Beitrag, indem sie zu einem höheren Maß an Augenhöhe zwischen Konfliktparteien beitragen. Dadurch können professionelle Konfliktbearbeitungsansätze wie z.B. Verhandlungen, Mediation, oder Dialogformate wirksamer umgesetzt werden und zu nachhaltigeren Lösungen führen. Beispiele wie die Proteste gegen das Großprojekt "Stuttgart 21", die Bürgerinitiativen gegen die Bebauungspläne des Tempelhofer Felds in Berlin oder der Widerstand von Kunst- und Kulturschaffenden gegen den Abriss des Gängeviertels in Hamburg verdeutlichen, wie Protestbewegungen auf kommunaler Ebene dazu beitragen können, kommunale Dynamiken zu transformieren, Beteiligung zu stärken, oder Verhandlungen zwischen kommunalen Institutionen und Betroffenen fruchtbarer zu gestalten. Zudem können staatliche Institutionen durch Protest angeregt werden, ihre Ansätze zur Konfliktbearbeitung zu überdenken und anzupassen. So kann Protest durch Eskalation dazu beitragen, dass Ansätze und Strukturen der Konfliktbearbeitung wirksamer gestaltet und umgesetzt werden. Entgegen verbreit-

teter Annahmen zeigen empirische Untersuchungen aus der Bewegungsforschung, dass gewaltfreie Kampagnen – auch in repressiven Kontexten – effektiver sind als gewaltsame (Chenoweth/Stephan, 2011). Eskalation durch Protest kann also durchaus gewaltfrei gestaltet (Ebert, 1978) und im konflikttransformatorischen Sinne hilfreich sein.

## Potenziale und Herausforderungen im Umgang mit Protest

Vor dem Hintergrund des dargestellten konstruktiven Potenzials von Protest stellt sich die Frage, wie dieses Potenzial gefördert und gleichzeitig damit umgegangen werden kann, wenn Protestakteure Gewalt anwenden oder Proteste von menschenfeindlichen oder rechtsextremen Akteuren vereinnahmt werden. Im Kontext zunehmender rechter und rechtsextremer Mobilisierung (Zick/Küpper/Mokros 2023) ist dies von besonderer Bedeutung. Diese Fragen werden sowohl in der Praxis der Konflikttransformation, als auch in sozialen Bewegungen, wie z.B. der Klimagerechtigkeitsbewegung oder den kürzlichen Bauernprotesten, diskutiert.

Aus konflikttransformatorischer Perspektive erscheint es sinnvoll, zwischen denjenigen Akteuren zu differenzieren, die bewusst ideologisch und strategisch im Sinne rechtspopulistischer und rechtsextremer Mobilisierung agieren, und denjenigen, die sich von der Mobilisierung radikaler Gruppierungen angesprochen fühlen (Bunte/Pannke, 2024). Im Umgang mit ersteren spielen parteiliche Ansätze und Initiativen eine wichtige Rolle, die sich klar gegen Gewalt fördernde, rechtsextreme Mobilisierung positionieren, und sich für Demokratie und für einen Abbau Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit einsetzen. Protestbewegungen oder Angebote wie mobile Beratung können hier wichtige Grenzen aufzeigen, menschenfeindlicher Radikalisierung entgegenwirken, und Ausstiegsoptionen bieten.

Akteur\*innen hingegen, die sich von radikalen, strategisch agierenden Gruppen angesprochen fühlen, können durch allparteiliche Ansätze der Konfliktbearbeitung, wie etwa der Kommunalen Konfliktberatung, erreicht werden. Wie im Umgang mit anderen gesellschaftlichen und insbesondere mit marginalisierten Gruppen auch, liegt hier die zentrale Aufgabe der Konfliktbearbeitung darin, hinter den Forderungen und Positionen der Protestakteure liegende Interes-

sen und Bedürfnisse zu ergründen (Rosenberg 1999). Dies kann auch die Interessen und Bedürfnisse von Personen beinhalten, die sich von der Mobilisierung radikaler Gruppierungen angesprochen fühlen, solange menschenfeindliche und rechtsextreme Positionen nicht legitimiert und reproduziert werden (Bunte/Pannke, 2024). Wenn die Interessen und Bedürfnisse aller betroffenen Akteure sichtbar gemacht und in die Lösungsfindung einbezogen werden, können Konflikte konstruktiv und nachhaltig bearbeitet werden.

## Fazit

Protest hat das Potenzial, tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen anzustoßen. Auf kommunaler Ebene entfaltet sich dieses Potenzial besonders dann, wenn professionelle Praktiker\*innen der Konfliktbearbeitung und kommunale Akteure Protest als Ausdruck von Konflikten und als Chance verstehen, diese zu bearbeiten. Eine solche Haltung eröffnet den Raum für konflikttransformatorisch wirksame Handlungsmöglichkeiten. Je nach Kontext und Rolle können diese Handlungsmöglichkeiten eine klare, positionierte Abgrenzung, den allparteilichen Einbezug der Bedürfnisse und Interessen aller Betroffenen, sowie die Bereitschaft umfassen, Strukturen so zu verändern, dass sie auch in Zukunft eine konstruktive Konfliktaustragung fördern.

Quellen:

- Bunte, T./Pannke, D. (i.E.) (2024). Demokratie stärken, Menschenfeindlichkeit abbauen: Die Chancen und Herausforderungen der allparteilichen Kommunalen Konfliktberatung. Demokratie Gegen Menschenfeindlichkeit „Sonderheft 2/24 „Kommunale Konflikte““.
- Chenoweth, E./Stephan, M. (2011). Why Civil Resistance Works. Columbia University Press, New York.
- Ebert, T. (1978). Gewaltfreier Aufstand. Alternative zum Bürgerkrieg. Waldkircher Verlagsgesellschaft, Waldkirchen.
- Fisher, S./Abdi, D.I./Ludin, J./Smith, R./Williams, S./Williams, S. (Hrsg.) (2000). Working with Conflict: Skills and Strategies for Action. Zed Books Ltd, London and New York.
- Francis, D. (2002). People, Peace and Power. Pluto Press, London.
- Freire, P. (1970). Pedagogy of the Oppressed. Continuum, New York.
- Galtung, J. (1975). Strukturelle Gewalt - Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg.
- Gurr, T. R. (1970). Why Men Rebel. Princeton University Press, Princeton.
- Kolb, F. (2008). Protest and Opportunities: The Political Outcomes of Social Movements. Campus Verlag, Frankfurt/M. und New York.
- Rosenberg, M. B. (1999). Gewaltfreie Kommunikation – Eine Sprache des Lebens. Junfermann Verlag, Paderborn.
- Sharp, G. (1973). The Politics of Nonviolent Action. Porter Sargent Publishers, Boston.
- Zick, A./Küpper, B./Mokros, N. (2023). Die distanzierte Mitte. Demokratiefeindliche und rechtsextreme Einstellungen in der Mitte 2022/23. Dietz, Berlin und Bonn.

## Herausgeber:

K3B – Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung  
Verein zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V.  
Alte Pumpe 11, 29410 Salzwedel  
Telefon: 03901 30891 36  
E-Mail: [konfliktberatung@vfb-saw.de](mailto:konfliktberatung@vfb-saw.de)  
[www.k3b-saw.de](http://www.k3b-saw.de)

### Vertreten durch:

Anna Stein (Vorstandsvorsitzende), Nicole Lindstedt (stellv. Vorstandsvorsitzende),  
Thomas Koberstein (Geschäftsführer)

### Redaktion und Lektorat:

Insa Bloem, Oliver Knabe, Antonia Mohr, Jeannette Schütze

### Layout:

Andrea Schmidt

Erscheinungsjahr: 2024

Herzlichen Dank an alle Protokollant\*innen, die wesentlich zum Erstellen dieser Tagungsdokumentation beigetragen haben:

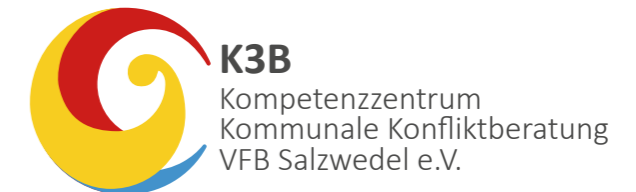
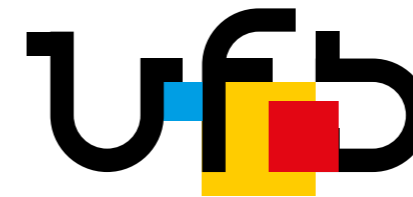
Matthias Beiderbeck, Verena Griesinger, Oliver Knabe, Maxim Kruschwitz, Konstantin Leimig,  
Marina Lorenz, Angelika Maser und Robin Tapkan.

Die vorliegende Publikation beruht auf den Inhalten des digitalen Fachtags „Stadt, Land, Protest: Kommunale Dynamiken gesamtgesellschaftlicher Bewegungen“, der am 25. Juni 2024 stattfand. Der digitale Fachtag wurde im Rahmen des Projektes „Vielfalt und Integration gemeinsam gestalten – Strategien für Kommunen im Wandel“ (Laufzeit 01.01.2023 – 31.12.2025) umgesetzt. Das Projekt wird gefördert durch den Asyl-, Migrations-, und Integrationsfonds der Europäischen Union, das Bundesministerium des Inneren und für Heimat, das Landesprogramm #wirsinddasLand Sachsen-Anhalt, das Bündnis für Brandenburg, den Landespräventionsrat Thüringen, das Landesprogramm Weltoffenes Sachsen, sowie das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen.

Die Publikation entstand unter Mitwirkung der Projekte Netzwerk Lokale Konflikte und Emotionen in Urbanen Räumen – LoKoNet, gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung, und Kurzzeitinterventionen in akuten Konfliktsituationen – KIKO, gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie Leben!“ sowie der Heidehof Stiftung und unterstützt von der Stiftung Dialoge & Begegnungen.

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Das Werk, einschließlich seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Herausgebers und der Autor\*innen unzulässig. Dies gilt insbesondere für die elektronische oder sonstige Vervielfältigung, Übersetzung, Verbreitung und öffentliche Zugänglichmachung.

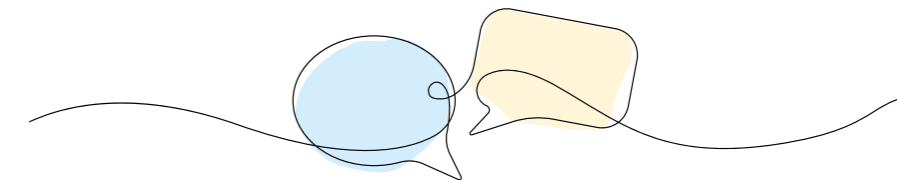


## K3B – Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des Vereins zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V.

Das K3B berät seit 2016 Gemeinden, Städte und Landkreise in Deutschland im Umgang mit entstehenden oder bereits eskalierten Konflikten im kommunalen Raum.

Das K3B entwickelt den Ansatz der Kommunalen Konfliktberatung in Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen und Netzwerkpartner\*innen stetig weiter. Erfahrungen aus der Beratungspraxis und neue wissenschaftliche Erkenntnisse fließen stetig in unsere Beratungsprozesse ein. Darüber hinaus sichert das K3B Fachlichkeit und stellt durch Veröffentlichungen und Veranstaltungen Raum für fachliche Entwicklung und Austausch bereit.

Der Verein zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V. ist ein freier Bildungsträger, der seit 1993 Förderprogramme der beruflichen Bildung umsetzt, ambulante Jugendhilfe und Schulsozialarbeit koordiniert sowie Maßnahmen zur Demokratieförderung durchführt. Er ist Träger des Kompetenzzentrums Kommunale Konfliktberatung mit Sitz in Salzwedel.





Die Förderpartner des K3B – Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung im Rahmen der Projekte „Vielfalt und Integration gemeinsam gestalten – Strategien für Kommunen im Wandel“ (STKW), „Netzwerk Lokale Konflikte und Emotionen in Urbanen Räumen. Transdisziplinäre Konfliktforschung in Wissenschaft-Praxis-Kooperationen“ (LoKoNet) und „Kurzzeitige Intervention in akuten Konfliktsituationen“ (KIKO).

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

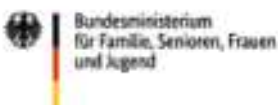


**Kofinanziert von der Europäischen Union**

gestützt vom



Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*



Gefördert im Rahmen des Landesprogramms



Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen



Diese Maßnahme wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

Gefördert durch



STAATSMINISTERIUM FÜR SOZIALES UND GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT

